

S A P

6. Kongress 1983

44 THESEN UEBER DIE POLITISCHE LAGE UND
DIE AUFGABEN DER S A P

Text Nr. 1

Inhaltsverzeichnis

<u>Kapitel</u>	<u>Thesen</u>	<u>Seite</u>
{ A. Internationale Situation	1 - 4	1
{ B. Krise und bürgerliche Politik in der Schweiz	5 - 6	4
{ C. Arbeiterklasse und gesellschaftliche Oppositionsbewegungen	7 - 12	7
{ D. Sozialdemokratie	13 - 17	10
{ E. Gewerkschaftsbewegung	18 - 22	12
{ F. Misserfolg des Pols PdAS/POCH/PSA	23 - 27	13
{ G. Die "alternativen" Strömungen	28 - 31	15
{ H. Unsere Linie und Aufgaben	32 - 37	16
{ I. Aufbau SAP und 4. Internationale	38 - 44	22

Beschluss des ZK vom 12. März 1983

Mit der Veröffentlichung der Thesen in der Partei ist die Diskussion für den 6. Kongress der SAP eröffnet. Jedes Mitglied und jede/r Kandidat/in haben das Recht Beiträge für die Diskussion zu schreiben, die im internen Bulletin veröffentlicht werden. Die provisorische Tagesordnung wurde durch das ZK folgendermassen festgelegt:

1. Thesen
2. Aktionsprogramm
3. Immigration
4. Verwurzelung
5. Jugendarbeit

Der Kongress ist auf den 10./11. September festgelegt worden.

Unterzeichner der Thesen

Meyer /BE, Zenger /BE, Riviere /Gf, Anne /Gf, Silvie /Gf, Borgeaud /Gf, Valloton /LS, Rouge /LS, Stadler /Olten, Huber /ZH, Bergmann /ZH, Meylan /ZH, Kunz /ZH, Brand /ZH, Fanconi /ZH, Peri /LS, Chenaus /FR, Girardet /FR

Diese Genossinnen und Genossen unterschreiben die allgemeine Linie des Textes.

Studer /BS, Ritschard /BS unterschreiben die allgemeine Linie des Textes mit Ausnahme des Punktes G, den sie noch näher diskutieren wollen.

A. Die internationale Situation

1. Der Kapitalismus ist in den 80er Jahren in eine schwere Krise eingetreten. Die langfristige Abwärtswelle, die Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre einsetzte und die das Durchsetzen des Falls der Profitrate bedeutet, kombinierte sich mit einer konjunkturellen Rezession, die mehr oder weniger gleichzeitig alle kapitalistischen Länder traf. Neben einer allgemeinen Ueberproduktion und ihren direkten Folgen waren diese Gesellschaften mit einer trotz Rezession andauernden Inflation und vor allem mit einem Zerfall des Kreditsystems konfrontiert.

Die hervorstechendste und für die Massen bedeutendste Entwicklung ist das Anschwellen der Arbeitslosigkeit. Auf einem Arbeitslosensockel, der von der Rezession 74/75 herdauert, hat sich die Unterbeschäftigung noch einmal vergrößert. Selbst in Ländern, in denen die Vollbeschäftigung immer noch zu den allgemein propagierten Postulaten gehört, wie die BRD, besteht heute eine Arbeitslosigkeit von 2,5 Millionen. Auch der "American way of life" hat mit mehr als 10% Arbeitslosen und der Existenz von grossen Armutsschichten in den städtischen Industriezentren an Attraktivität verloren.

Zwar ist es wahrscheinlich aber nicht sicher, dass es in den kommenden 2 Jahren zu einem leichten Wirtschaftsaufschwung kommt. Das bedeutet aber keineswegs, dass die Arbeitslosigkeit dadurch aufgesogen wird, es ist nicht einmal mit einem merklichen Rückgang zu rechnen. Die Rezession der 80er Jahre hat noch nicht zu einer vollständigen Umstrukturierung des Kapitals geführt (Zerstörung eines grossen Teiles von Kapital und Verteilung des gesamten Mehrwerts auf weniger Kapitalien) und auch das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit nicht grundsätzlich umgekehrt. Beides wäre aber notwendig um einen langfristigen Wiederaufschwung einzuleiten.

In den vom Imperialismus abhängigen Ländern der 3. Welt führte die Krise zu einer Katastrophe, die zusätzlich Millionen von Menschenleben vernichtet oder bedroht. Zur Arbeitslosigkeit und zu den Folgen der Umstrukturierung der grossen Trusts kommt die diesen Ländern vom Weltwährungsfonds auferlegte Sparpolitik, um so einen Kreditzusammenbruch zu verhindern. Der schweizerische Imperialismus beteiligt sich an vorderster Front an dieser Politik.

Gleichzeitig zu dieser Weltkrise des Kapitalismus befinden sich auch die nichtkapitalistischen, bürokratisierten Arbeiterstaaten Osteuropas in einer tiefen Krise. Nur beschränkt ist diese Krise auch Ergebnis der Verbindung mit der kapitalistischen Weltwirtschaft. Im Wesentlichen ist aber das stalinistische Entwicklungsmodell des Wachstums unter Ausschaltung der Massen in sein Endstadium gelangt. Das Erscheinungsbild dieser Krise zeigt auch die andere soziale Natur dieser Gesellschaften. Im Gegensatz zur kapitalistischen Ueberproduktionskrise handelt es sich dort um eine regelrechte Unterproduktion. Der Zerfall des bürokratischen Planungssystems, der in Polen offen sichtbar wurde, hat mit Unterschieden bereits auch die Mehrheit der andern bürokratisierten Arbeiterstaaten Europas befallen und zeigt auch in der VR-China seine Spuren.

2. Die Politik des Imperialismus verschärft in allen Teilen der Welt die Auswirkung der Krise. Mit dem Diktat des Währungsfonds wird das Massenelend in der 3. Welt massiv verstärkt. Auch gegenüber den bürokratisierten Arbeiterstaaten sind die Kapitalisten kaum mehr bereit, mit grossen Krediten und einer Ankurbelung des Osthandels einzuspringen.

Hauptmerkmal der imperialistischen Politik ist heute der Versuch, auf allen Ebenen in die Offensive zu gehen, um so die eigene Handlungsfähigkeit wieder voll zurückzugewinnen und aus der Patt-Situation gegenüber der Arbeiterklasse auszubrechen. Diese Offensive drückt sich aus in einer massiven Aufrüstungspolitik - eurostrategische Waffen, MX, aber auch der Ausbau der traditionellen Armeen mit Einsatztruppen. Ziel dieser Politik ist einerseits die Erhöhung der Spannung und damit die Einschränkung des Operationsfeldes der Arbeiterstaaten. Die "Koexistenz" mit den bürokratisierten Arbeiterstaaten soll

nicht aufgegeben, aber die Auswirkung der Existenz dieser Staaten auf die Befreiungsbewegungen in der 3. Welt soll vermindert werden.

Hauptziel der Offensive ist, die direkte militärische Intervention in politischen Krisenherden zu ermöglichen. Nach den Niederlagen des Imperialismus in Nikaragua und im Iran hat sich bei der Niederlage der PLO in Beirut im Sommer 82 gezeigt, wie diese Offensive aussehen wird. Solche Schläge werden auch in Zentralamerika und an andern neuralgischen Punkten der Welt vorbereitet.

Die Krise und die verschärfte Interventionsbereitschaft des Imperialismus verändern auch den Rahmen, worin die Bourgeoisie der Halbkolonien ihre Politik ausrichtet. Der Spielraum für eine Kanalisierung der Massen mit oekonomischen Zugeständnissen ist entscheidend verkleinert worden. Gleichzeitig können die betroffenen Regimes aber in direkten Konfrontationen mit den Massen mit einer verstärkten militärischen und politischen Unterstützung durch den Imperialismus rechnen.

Innerhalb der imperialistischen Länder selbst versucht das Bürgertum, seine Angriffspolitik zum Tragen zu bringen. Deflationäre Politik durch massiven Sozialabbau, staatliche Förderung der Umstrukturierung des Kapitals und massive direkte Angriffe auf die Lohnabhängigen werden in die Wege geleitet. Diese Politik setzt sich nicht nur zum Ziel, alle sozialen Errungenschaften der Nachkriegszeit anzugreifen, sondern auch absichtlich eine ständige Arbeitslosenarmee zu schaffen. Diese Neuausrichtung wird kombiniert mit einer scharfen ideologischen antikommunistischen Kampagne.

Auch wenn sich die Mehrheit des internationalen Bürgertums an dieser Offensive beteiligt und ideologisch und militärisch geschlossen erscheinen kann als in den 60er und 70er Jahren, so heisst das nicht, dass der Imperialismus seine Führungskrise überwunden hat. Die Verschärfung der Krise schafft neue Probleme innerhalb der herrschenden Klasse. Teile des Bürgertums wehren sich gegen eine deflationäre Politik, der internationale Handel wird mehr und mehr vom Protektionismus bedroht. Dazu kommt, dass die Konfrontation mit der Arbeiterbewegung die herrschende Klasse in einigen Ländern zu Zugeständnissen zwingt.

3. Die traditionellen Führungen der Arbeiterbewegung arbeiten in dieser Situation dem Imperialismus in die Hände. Die Führung der UdSSR erklärt offen ihre Bereitschaft, dem Imperialismus in "seiner" Welt freie Hand zu lassen, wenn er sie bei der Aufrechterhaltung ihrer bürokratischen Macht in Europa nicht stört. Ihre offene Verratspolitik gegenüber der PLO und ihre Passivität gegenüber der Revolution in Zentralamerika zeigen ihre Bereitschaft, weiterhin im Namen der "friedlichen Koexistenz" mit dem Imperialismus zu kollaborieren. Gleichzeitig trägt die Kreml-Bürokratie die Verantwortung für die militärische Niederschlagung der wichtigsten osteuropäischen Arbeiterbewegung seit dem 2. Weltkrieg, der polnischen Solidarnosc.

Die Kommunistischen Parteien Westeuropas verfolgen alle eine Politik der Kollaboration mit dem "eigenen" Bürgertum, ungeachtet dessen, ob sie eurokommunistisch oder traditionell stalinistisch sind. Sowohl die stalinistische KP Portugals wie auch die eurokommunistische KP Italiens wenden sich nicht grundsätzlich gegen die Sparpolitik des Bürgertums. Ihre Opposition beschränkt sich rein auf quantitative Aspekte, wieviel Sparen den Massen zumutbar ist, ohne dass es zur Massenexplosion kommt. In der Friedensbewegung operieren diese Parteien in einer Art und Weise, dass die Selbsttätigkeit der Massen eingeschränkt wird und auf Verhandlungs- und parlamentarische Schritte kanalisiert wird. Durch ihre traditionell starken organisatorischen Verbindungen mit entscheidenden Sektoren der Arbeiterklasse werden diese Parteien aber einem verstärkten Druck ausgesetzt, wenn die Arbeiterklasse in Aktion tritt.

An der Spitze der Kollaboration mit dem Bürgertum steht in vielen Ländern die Sozialdemokratie. Nicht nur, dass sie in Europa, wo sie in der Regierung sitzt, selbst eine deflationäre Politik betreibt, sondern auch in der internationalen Politik unterstützt

sie die imperialistische Offensive. So war es die SPD-Regierung der BRD, die den NATO--Doppelbeschluss aus der Taufe hob, die SP-Regierung Frankreichs gehört zu den schärfsten Befürwortern der eurostrategischen Waffen. In Zentralamerika versucht die SI den FSLN zu spalten und den FMLN in das bestehende System zu integrieren.

Die Wahlerfolge dieser Parteien in einigen europäischen Ländern (Frankreich, Griechenland und Spanien) sind kaum als Zustimmung der Massen zur SP-Politik mit ihren Konsequenzen zu bewerten. Sie zeigen aber ganz deutlich die Schwierigkeiten, vor denen heute die Arbeiterklasse und ihre Vorhut in der Abwehr des bürgerlichen Angriffs stehen. Es wird nach einer Lösung der Krise unabhängig vom Bürgertum gesucht, dabei ist aber die kämpferische Vorhut politisch und organisatorisch noch zu schwach, um auch gesamt-politisch und nicht nur in Tageskämpfen ihre Lösung durchzusetzen. Wegen der Krise des Stalinismus gewinnen die Sozialdemokraten in einigen Ländern in solchen Fällen an Gewicht. Sie verfügen aber nicht über die gleichen politischen und organisationellen Kontrollmöglichkeiten über die Massen, die den traditionellen KPs zur Verfügung standen. Dies bedeutet, dass sie Massenaufschwünge weniger gut in den Griff bekommen können. Es bedeutet aber auch, dass sich eine langsam wachsende Arbeiter-Opposition gegen ihre Politik in der eigenen Anhängerschaft viel schwerer artikulieren und organisieren kann, und damit die Gefahr der Demoralisierung besonders gross ist.

4. Die Arbeiterbewegung steht international in einer wichtigen Bewährungsprobe. Trotz der ersten Schläge, die sie einstecken musste (Niederlage der PLO, Anwachsen der Massenarbeitslosigkeit, Verstärkung des Massenelends in der 3. Welt), sind die Widerstandskräfte, die sie in den letzten Jahren gesammelt hat, ungebrochen und der Kampfgeist intakt. Dies führt gegenüber der imperialistischen Offensive zu einer Patt-Situation. Um diese Pattsituation zu gunsten der Arbeiter und armen Bauern zu kippen, braucht es :

- eine Weiterführung und Verstärkung des Massenwiderstandes an allen Fronten des Angriffs. In dem Rahmen ist auch die Weiterentwicklung der Friedenbewegung entscheidend.
- Gleichzeitig ist aber ein Ausweg aus der Patt-Situation für die Arbeiterbewegung nur möglich, wenn sich eine neue breite Vorhut herausbildet, die die Abwehrkämpfe in eine gesamtpolitische Offensive überleiten kann. Nur so kann verhindert werden, dass sich die Kräfte der Arbeiterbewegung in sich andauernd wiederholenden Abwehrschlachten langsam aufreiben und ermüden.

In Latein-Amerika breitet sich eine Widerstandsbewegung aus. Die Arbeiterklasse spielt darin eine immer wichtigere Rolle. In Zentralamerika steht sie in der Entscheidungsschlacht mit dem Imperialismus und mit dem Kapitalismus. Dabei hat sich auch eine Führung herausgebildet, die bereit ist, diesen Kampf revolutionär zu Ende zu führen. Diese Entwicklung ermöglicht es der Revolution in Cuba und in Nikaragua, ihre Isolation zu durchbrechen. Dadurch würde ihre materielle Abhängigkeit von den bürokratisierten Arbeiterstaaten politisch weniger auf ihnen lasten. Die mögliche Ausweitung des revolutionären Prozesses in dieser Region verschärft aber auch die Gefahr einer breiten militärischen Konfrontation mit dem Imperialismus selbst.

Im Nahen Osten hat die Widerstandsbewegung einige schwere Niederlagen erlitten. Der Rückzug der PLO aus Beirut, die Kanalisierung der iranischen Revolution durch den Klerus und die mit ihm verbundenen Teile der Bourgeoisie und die Folgen des iranisch--irakischen Krieges haben es dem Imperialismus erlaubt, die Offensive ein Stück vorwärts zu tragen. Der Druck auf die Massen zu resignieren verstärkt sich.

Am deutlichsten ausgeprägt ist die Patt-Situation in den imperialistischen Ländern Europas. So verschiedene Entwicklungen wie der heisse Winter in Italien 1983 oder die Gewerkschaftskämpfe und die Friedensbewegung in der BRD zeigen aber, dass die Situation keineswegs stabil ist und die Massenkämpfe weitergehen. Die Schichten, die diese Kämpfe führen haben ein grosses Gewicht in den täglichen Kämpfen und Auseinandersetzungen aber noch wenig Einfluss für eine gesamtpolitische Alternative.

Für uns in der Schweiz ist von besonderer Bedeutung, dass die Arbeiterklasse selbst in Ländern, mit denen unser Land oft verglichen wird (Schweden und die BRD) in Bewegung geraten ist und selbst gegen den Widerstand der gewerkschaftlich-sozialdemokratischen Führung vorwärts drängt.

Die Niederlage der polnischen Arbeiterbewegung in ihrem Kampf gegen die Bürokratie bringt die Arbeiterbewegung in diesem Land und in Osteuropa keineswegs zum Verschwinden. Ihre Zurückdrängung schiebt aber die Lösung der Krise um Jahre hinaus. Diese Krise lastet auch auf der gesamten europäischen Arbeiterbewegung. Die Unfähigkeit der Bürokratie, die Krise der Gesellschaft zu lösen, diskreditiert nach wie vor bei Millionen von Arbeitern/innen eine Lösung, die mit dem Kapitalismus bricht.

Die Auseinandersetzungen, die auf die Arbeiterbewegung und auf die ganze Gesellschaft in den kommenden Jahren zukommen, werden die Bedeutung der Arbeiterklasse, ihrer Einheit und ihrer Fähigkeit, sich international und national mit den armen Bauern zu verbünden, aktualisieren. Der Aufbau einer internationalen revolutionären Arbeiterpartei, der 4. Internationale, wird in dieser Situation dringender denn je.

Die Härte des Angriffs kann nur mit der Kraft der gesamten Arbeiterklasse und all ihrer Verbündeten und kaum nur mit Teilbewegungen gebrochen werden. Auf keinen Fall können die Schwierigkeiten bei der Sammlung dieser Kraft der Arbeiterklasse durch andere Schichten oder nur durch isolierte Einzelteile des Proletariats, z.B. die Jugend oder eine oekologische Strömung allein gelöst werden.

Aus den gegenwärtigen Schwierigkeiten und den Rückschlägen infolge der reformistischen Politik, die die Arbeiterklasse gegenwärtig hat, zu schliessen, dass damit die sozialistischen Ziele nicht mehr aktuell sind oder durch andere Kräfte erreicht werden können, heisst, die Augen verschliessen vor den Problemen, die auf uns zukommen und die bereits gegenwärtig die Mehrheit der Menschheit in die Katastrophe stürzen.

B. Die Krise und die bürgerliche Politik in der Schweiz

5. Mit Verspätung hat sich die Rezession auch in der Schweiz Ende 1982 durchgesetzt. Die Rezession hat die tiefe Umstrukturierung, die in der Schweiz seit Beginn des wirtschaftlichen Abschwungs seit Anfang der 70er Jahre stattfindet, offen sichtbar gemacht. Auffallendstes Merkmal in dieser Entwicklung ist der massive Aufschwung der Schweizer Banken und Versicherungen, sowohl national wie auch international. Der Rückgang der Profitrate legt riesige Summen von Kapital für die Spekulation und das internationale Kreditgeschäft frei, das jetzt über die Banken fliesst.

Schwache Branchen, wie die Uhrenindustrie, sind in der Rezession regelrecht zusammengebrochen.

Starke Branchen, vor allem die Metall- und Maschinenindustrie und die chemische Industrie, konnten in der Umstrukturierungsphase seit 1974 ihre Stellung auf dem Weltmarkt sogar noch verbessern. Die chemische Industrie wurde nicht einmal von der Rezession betroffen.

Die Metall- und Maschinen-Industrie, die einen Fünftel des Sozialprodukts, 45 % aller Exporte und 14 % der Erwerbstätigen ausmacht, konnte ihre Stellung auf dem Weltmarkt seit den 70er Jahren noch verbessern. 1980 erreichte sie 4,1 % des Gesamtwertes aller Maschinenexporte der westlichen Länder. Gleichzeitig hat der Anteil der Exportaufträge an der Gesamtproduktion von 1973 55% bis 1981 auf 66% zugenommen. Ihre allgemeine Konkurrenzfähigkeit hat sich in dieser Zeit verbessert. Bezüglich der Entwicklung der Lohnstückkosten (Lohnkosten pro geleistete Arbeit) ist sie mit der Wachstumsrate von 78 bis 80 an die zweitletzte Stelle in Europa (Oesterreich an letzter Stelle) gerutscht (Ifo, Institut für Wirtschaftsforschung München, 3536/1980). Die Rezession brachte ab Ende 1982 einen realen Einbruch. Dadurch hat sich auch in dieser Branche die Um-

strukturierung noch beschleunigt. Nachdem in den 60er und 70er Jahren die grossen Trusts eine Reihe von kleineren Betrieben übernommen oder als Zulieferer angezogen haben, werden jetzt viele dieser Aussenstationen abgebaut. Kleinere Betriebe konnten sich lange der Umstrukturierung widersetzen dank grossem Eigenkapital. Im Moment, wo sie auf Fremdfinanzierung angewiesen sind - was mehr und mehr geschieht - werden sie in die Umstrukturierung einbezogen.

Die weltweite Investitionsflaute und die international verstärkte Tendenz zum Protektionismus beschleunigen diese Umstrukturierung noch, was bis in die grossen Trusts hinein Auswirkungen hat und haben wird.

Die einschneidendste Auswirkung dieser Entwicklung ist das Entstehen von verschiedenen ausgeprägten Regionalkrisen, im Seeland-Jura, im Kanton Waadt, im Tessin und beschränkt im Kanton Genf.

Gleichzeitig ist es den Unternehmern auch gelungen, den Lohndruck zu brechen, der durch die Austrocknung des Arbeitsmarktes bestand. Seit der Rezession von 1974/5 gingen die effektiven Löhne um ca 1% zurück. Die Folgen der Rezession von 82/83 und die fast generell erfolgte Nichtgewährung des dem Index entsprechenden Teuerungsausgleichs werden diesen Lohnrückgang noch verstärken.

Mit der erneuten Rezession ist in der Schweiz auch zum ersten Mal eine Arbeitslosigkeit entstanden, die kaum zum Verschwinden gebracht werden kann wie nach 74/75. Auch wenn erneut die Frauen und die Immigranten Hauptopfer davon sind, so ist das Polster erheblich geringer geworden, mit dem die Arbeitslosigkeit unsichtbar gemacht werden kann. Dazu kommt noch, dass die Rezession nicht hauptsächlich eine Branche trifft, wie 1974/75 die Bauindustrie, wo einfach durch Abschieben der Immigranten die Arbeitslosigkeit verdeckt werden kann. Die Umstrukturierung erfasst heute Sektoren, wo Immigranten nicht einfach durch Schweizer kurzfristig ersetzt werden können, wie die Metall-, Maschinen- und die Uhrenindustrie.

Auch bei einem leichten Wiederaufschwung ist darum nicht mit einem Verschwinden der Arbeitslosigkeit zu rechnen. Jede weitere Umstrukturierung und Einführung neuer Technologie, was für den Erfolg des schweizerischen Kapitals auf dem Weltmarkt entscheidend ist, werden neue Schichten von Lohnabhängigen aus ihren angestammten Arbeitsplätzen verdrängen.

Im Ausbildungssektor wird diese Entwicklung grosse Folgen haben. Die Lehrstellen in den Grossbetrieben werden noch abnehmen und damit die Schwierigkeit eine qualifizierte Lehrstelle zu finden noch grösser. Das führt dazu, dass Lehrabgänger sehr schnell den Beruf wechseln müssen oder arbeitslos werden. Zusammen mit der Umstrukturierung infolge neuer Technologien wird das auch das Problem der Umschulung ins Zentrum rücken.

6. Die politische Offensive des Bürgertums hat sich auf allen Ebenen verschärft. Das Bürgertum und die Unternehmer sind sich voll bewusst, dass sie nicht einfach mit konjunkturellen Problemen, sondern mit einer generellen Verschärfung der internationalen kapitalistischen Konkurrenz konfrontiert sind.

Das führt auch dazu, dass in vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, wo sich die Krise äussert, das Bürgertum mit einer härteren Politik die Auseinandersetzung verschärft:

- In den Auseinandersetzungen über die Gesamtarbeitsverträge werden alle "Automatismen" wie jedesmal mehr Lohn, Teuerungsausgleich, Arbeitszeitverkürzung usw, gebrochen. Die Unternehmer versuchen sogar, in einzelnen Bereichen die Gewerkschaften zur Akzeptierung von Abstrichen zu bringen.
- Die Rechte der Frauen werden wieder eingeschränkt (Versuch, die Abtreibung einzuschränken, Frauen aus dem Arbeitsmarkt zu verdrängen).
- In der Umweltschutzfrage, bezüglich der AKW wird eine härtere Gangart eingelegt.
- In der in den wichtigsten Städten katastrophalen Wohnungsfrage wird nichts unternommen, was in Richtung einer stabilen Lösung zugunsten der Mieter geht. Wenn Härten gemildert

werden, dann nur durch eine Finanzierung der Bodenbesitzer und Vermieter, die damit verzichten können, die Mieter noch stärker anzugreifen.

- In Schulen, Universitäten und in der Armee wird eine härtere Disziplinierungspolitik verfolgt.

- In der Frage der Berufsbildung und der Umschulung wird den Unternehmern vollständig freie Hand gelassen, was verstärkt zu offen sichtbaren Engpässen führt.

- Die demokratischen Rechte und ihre Ausübung werden weiterhin eingeschränkt und der Repressionsapparat aufgerüstet (StGB-Revision, KIS, PISA, Polizeigesetze und Polizeikonkordate).

Auch in der Wirtschafts- und Sozialpolitik erfolgt diese Verschärfung. Die Umstellung begann bereits in den 70er Jahren. Nach und nach wurde von einem "Mehr Einnahmen" auf ein "Weniger Ausgaben" umgeschwenkt.

Diese Politik konnte sich aber nicht sofort durchsetzen:

- Die Mehrheit der bürgerlichen Politiker in Bund, Kantonen und Gemeinden waren noch an die Reformpolitik der 60er Jahre gewöhnt und hatten auch eine dementsprechende Basis.

- Im Bürgertum selbst gab es breite Kreise, die sich einer staatlich geförderten Umstrukturierungspolitik widersetzen konnten dank billigen ausländischen Arbeitskräften und grossen eigenen Reserven.

- In der Bevölkerung herrschte noch weitgehend eine Reformeuphorie, die sich bei einem zu schnellen Kurswechsel in Oppositionen aller Art - von ausserparlamentarischen Bewegungen bis zu einer elektoralen Stärkung der SPS - ausdrücken konnte.

Mit der erneuten Rezession und der Gewöhnung der Unternehmer und der Einschüchterung von breitesten Kreisen der Bevölkerung durch die Tatsache, dass es sich nicht nur um einen kleinen Unterbruch des Wachstums handelt, sind die Bedingungen für die Verschärfung des Angriffs gegeben. Gleichzeitig kann der Staat auch verstärkt eine Wirtschaftspolitik verfolgen, die die Umstrukturierung zu Gunsten der starken Wirtschafts-Sektoren fördert:

- Die Reformprojekte wurden und werden vollends gestoppt. Die Arbeitslosenversicherung wurde auf ein Minimum beschränkt, das den Unternehmern alle Vorteile belässt. Die 10. AHV-Reform wird zur Nullreform oder gar zu einem Angriff. Mit der zunehmenden Kürzung der Subventionen an die Krankenkassen bei gleichzeitig weiter steigenden Gesundheitskosten wird auch bei dieser schwachen Säule der Sozialversicherung abgebaut. Die Einführung der 2. Säule bei der Altersvorsorge wird trotz des für die Lohnabhängigen schlechten Gesetzes weiter hinausgezögert. Die Verkehrspolitik setzt erneut verstärkt auf die Entwicklung des privaten Verkehrs.

- Auf Gemeinde- und Kantonsebene wird eine Politik der Steuererleichterung für grosse Einkommen und Gesellschaften und Hausbesitzer eingeleitet, während gleichzeitig die niedrigen Einkommen nur schwach entlastet werden. Bei den hohen Einkommen findet eine reale Senkung statt, bei den niedrigen wird nur ein kleiner Teil des vergangenen Steueraufkommenszuwachs wieder abgestrichen.

- Beim Staatspersonal wird auf allen Ebenen der Personalstop oder sogar -abbau durchgezogen, was nicht nur eine Verminderung der Qualität der öffentlichen Dienste, sondern auch eine Zunahme der Belastung des Personals bedeutet.

- Gleichzeitig wird eine massive Aufrüstungspolitik betrieben. Das Militärbudget wird ständig erweitert, die Schweiz materiell in die NATO-Aufrüsterei integriert, die Armee-disziplin verschärft und die militaristische Kampagne verstärkt. Es werden Anstrengungen unternommen, die Frauen verstärkt in die Landesverteidigung zu integrieren.

- Die Wirtschaftspolitik wird mehr und mehr auf die "starken und gesunden" Sektoren ausgerichtet und das Absterben von schwachen Sektoren in Kauf genommen. Die Exportrisikogarantie wird mit Steuergeldern ausgebaut, die Schweiz ist dem Zehnerclub beigetreten und bereitet den Eintritt in den Internationalen Währungsfonds (IWF) vor. Das sind die beiden wirtschaftlichen imperialistischen Generalstäbe die international die

Durchsetzung einer Deflationspolitik im Stile Reagans überwachen und anleiten. Die Hauptanstrengung ist darauf gerichtet, ein Ansteigen des internationalen Protektionismus zu verhindern oder dabei den grossen Schweizer Exporteuren mindestens eine gute Ausgangsbedingung zu schaffen.

Innerhalb des Bürgertums besteht aber noch kein Konsens, wie weit diese Politik gehen soll. Am klarsten ist die Uebereinstimmung für einen Angriff auf die Lohnabhängigen über Steuern und Sozialausgaben, da nicht mit einem wirkungsvollen Widerstand der Arbeiterbewegung zu rechnen ist. Gleichzeitig verschärft aber eine härtere Politik auch die Konkurrenz unter den Kapitalisten. Ein Teil von ihnen ist infolgedessen kaum für eine solche Politik zu gewinnen. Die FDP konnte zwar elektoral mit ihrer Parole "Weniger Staat, mehr Freiheit" gewinnen und auch die andern bürgerlichen Parteien in ihr Schlepptau nehmen. Auch ein Teil der höheren Angestellten ist offen für diese Politik. Es ist aber kaum damit zu rechnen, dass das ganze Bürgertum geschlossen dieser Politik folgen wird. Bei ihrer Ausführung wird sich selbst ein Teil der FDP-Politiker widersetzen, weil sie sonst in den Kantonen den Boden unter den Füßen verlieren. Das zeigt, dass das Bürgertum keineswegs geeint hinter einer klaren Führung und Politik steht:

Obwohl der Bundesrat in der Rezession bis zum letzten Moment mit einem "Wirtschaftsförderungsprogramm" zuwartete und erst noch ein Programm vorschlug, das nur den starken Sektoren zu gute kommt, wurde in einigen Kantonen bereits ein Programm lanciert, das nicht in der gleichen Richtung zielt und bestehende Strukturen erhalten hilft.

- Die Banken und die grossen Exporttrusts widersetzen sich der Einführung einer Innovationsrisikograntie durch den Bund, die den kapitalschwachen Betrieben helfen soll, sich neue Märkte zu erschliessen. Sie erhoffen sich dadurch eine beschleunigte Umstrukturierung des schweizerischen Kapitals. Ungeachtet dessen wurde in einigen Kantonen über die Kantonalbanken bereits ein Schritt in diese Richtung gemacht. In all diesen Fragen können bürgerliche Opponenten auf die Unterstützung seitens der Führung der Arbeiterbewegung, vor allem durch die SPS, zählen.

Aller Widerstand kann aber nicht verhindern, dass die Gangart sich verschärft. Dadurch wird auch die SPS in ihrer Regierungskollaboration zunehmend eingeklemmt. Es besteht beim Bürgertum wenig Interesse, auch nur Scheinkompromisse einzugehen, die nachher die SPS als Erfolge ihrer Politik verkaufen kann. Wenn dazu Teile des Bürgertums - heute noch eine Minderheit - beginnen, die Anwesenheit der SPS in der Regierung als nebensächlich zu behandeln und ein entsprechendes Vorgehen vorschlagen, dann liefern sie damit der Auseinandersetzung über die Politik der Arbeiterbewegung und über ihre Regierungsbeteiligung neuen Zündstoff.

C. Die Arbeiterklasse und die gesellschaftlichen Oppositionsbewegungen

7. Der Angriff des Bürgertums drängt die Lohnabhängigen in eine Verteidigungsposition.

Die ersten Auswirkungen des Angriffs werden auch bei den Teilen der Lohnabhängigen spürbar, die die traditionelle Basis der Arbeiterbewegung ausmachen. Während der Rezession 74/75 wurde der Angriff dagegen vor allem in den Teilen spürbar, die schwach organisiert sind, insbesondere bei den Immigranten. Die Härte des damaligen Angriffs - 300 000 Arbeitsplätze wurden liquidiert - wurde verschleiert durch das Abschieben von 100 000en von Immigranten in ihre Herkunftsländer. Dazu wurden unzählige Frauen an den Herd zurückgeschickt, ohne dass das eine namhafte Reaktion hervorgerufen hat. Die gegenwärtigen materiellen Auswirkungen des bürgerlichen Angriffs auf die traditionellen Teile der Arbeiterbewegung (Industrie und öffentlicher Dienst) erscheinen aber in den Augen der Betroffenen selbst als noch relativ unbedeutend. Das ist vor allem auf das relativ hohe Lebensniveau dieser Lohnabhängigen zurückzuführen. In diesem

Sinn können wir trotz der konkreten Auswirkungen des bürgerlichen Angriffs feststellen, dass es noch keinen brutalen Angriff auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen derjenigen Lohnabhängigen gab, die in der Mehrheit die Aktivität der organisierten Arbeiterbewegung bestimmen.

8. Der bürgerliche Angriff und die Krise enthüllen die tiefe Schwäche der Abwehrlinien der Arbeiterklasse.

Die Krise stellt zunehmend eine Reihe organisationeller Errungenschaften der Arbeiterbewegung in Frage. Die Umstrukturierung und die Einführung neuer Techniken (Mikroelektronik) schränken die traditionelle Basis der Arbeiterbewegung immer mehr ein. Diese Einschränkung wurde bis heute nicht wettgemacht durch die gewerkschaftliche Organisation neuer Teile der Arbeiterklasse (bei den Dienstleistungsbetrieben, in den Spitälern, in den Banken, bei den Angestellten).

Ebenso zeigt die Krise die Schwäche der Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften in den Betrieben. Hier spürt man am stärksten die Abwesenheit von mehreren Generationen kämpferischer Gewerkschaftler, die fähig gewesen wären, ein gewerkschaftliches Netz auf Betriebsebene zu spannen und damit die Gewerkschaft fest zu verankern. Diese Schwäche wird noch verstärkt durch das vertragliche und juristische Eisenkorsett, das den Arbeitsfrieden und alle dadurch eingesetzten Schlichtungsstellen darstellt. Dieses Korsett wird zusammengehalten durch das Gewicht der Gewerkschaftsbürokratie, die bis jetzt noch nicht von ganzen Schichten kämpferischer Gewerkschaftler herausgefordert wird, die auch fähig wären, eine selbständige Aktivität einzuleiten. Diese organisationelle und politische Schwäche der Arbeiterbewegung zeigt sich auch darin, dass sie nicht fähig ist, die am meisten unterdrückten Schichten der Lohnabhängigen, die Gastarbeiter, die Frauen und die Jungen namhaft in ihre Reihen einzuschließen.

So zeigen sich heute die kriminellen Auswirkungen des Arbeitsfriedens und der Klassenkollaboration, die von der Gewerkschaftsführung während Jahrzehnten betrieben wurden.

9. Die vorherrschende Haltung gegenüber dem Unternehmerangriff seitens der Mehrheit der Basis von SP und SGB ist, einen runden Rücken zu machen. Das zeigt sich auch in der Streikstatistik, 81/82 wurden insgesamt 565 Arbeitstage durch Streiks verloren, im Vergleich zu 19'586 allein 1976. Diese Haltung kombiniert sich weitgehend auch mit der Entwicklung des Fremden-, Frauen- und Jugendhasses. Hinter dieser Reaktion steckt die Illusion, mit einigen materiellen Opfern den Grossteil der Errungenschaften aus der Hochkonjunktur retten zu können oder das jetzt Verlorene bei einer Aufschwungsphase wieder zurückzubekommen.

Die jahrzehntelange Klassenkollaboration hat die Arbeiterbewegung nicht im geringsten darauf vorbereitet, sich gegen die Folgen der kapitalistischen Krise zu wehren. Die Haltung der Mehrheit der Lohnabhängigen ist infolge dessen nicht erstaunlich, sie führt nur die Linie der SP-Führung und der Gewerkschaftsbürokratie fort, die sagten: "Die Profite von heute sind die Arbeitsplätze von morgen." Diese Haltung wird heute noch dadurch unterstützt, dass die materiellen Auswirkungen des Angriffs noch beschränkt sind.

10. In einigen Sektoren haben die Arbeiter/innen aber diese Grundhaltung überwunden und ihrer Unzufriedenheit aktiven Ausdruck verliehen. So entstand bei einem Teil in der Uhrenindustrie eine Unzufriedenheit auf grund des eindeutigen Gefühls, dass die Branche in die Katastrophe abgleitet und dass es schwierig sein wird, anderswo einen Arbeitsplatz zu finden. Bei der PTT und der SBB zeigt die Unzufriedenheit, dass die Leute sich der enormen Zunahme der Produktivität und des Stress ohne Kompensierung durch Lohnzuwachs oder Arbeitszeitverkürzung bewusst werden. Andererseits sind diese Sektoren weniger bedroht durch Entlassungen und gleichzeitig sind sie empfindlicher gegenüber der bürgerlichen Politik, da ihre Arbeitsbedingungen durch den Staat festgelegt

werden. Auch in der graphischen Industrie gibt es eine andere Haltung als der "runde Rücken": die neue Technologie hat ganze Berufszweige, vor allem die traditionelle Basis der Gewerkschaft weggeputzt.

Die unbestimmte Unzufriedenheit, die in diesen Bereichen aufkam, hat sich teilweise in ersten Widerstandsaktionen ausdrücken können: Der landesweite Streik der Typographen im Dezember 80 (mit mehreren Lokalstreiks in Genf), die Kampagne und die Kundgebung für die Verteidigung der Arbeitsplätze in der Uhrenregion, die nationale Kundgebung des öffentlichen Personals (mit lokalen Bewegungen in Genf und in andern Städten). Die Entwicklung und die Kraft dieser ersten Aktionen genügte mit wenigen Ausnahmen nicht, um den Unternehmern und dem Bürgertum Zugeständnisse abzurufen. Sie gingen aber über das hinaus, was wir in der vorhergehenden Phase erlebten, auch wenn die Streikstatistik das nicht zeigt.

Im Gegensatz zum Matisastreik 76, SGB-Mobilisierung 75, zum Dubied-Streik und zu Bulova kommen die letzten Entwicklungen verstärkt in den Gewerkschaftskanäle zum Ausdruck, wo die kleinsten Oeffnungen im Gewerkschaftsapparat dies erlauben.

11. Diese ersten beschränkten Widerstandsaktionen wurden begleitet durch die Entwicklung von gesellschaftlichen Oppositionsbewegungen. Diese Bewegungen, die vor allem Jugendliche und Lohnabhängige umfassen, zeugen von einem Widerstandswillen gegen die schreiendsten Erscheinungen der Krise des kapitalistischen Systems und seiner Werte. Die Jugendbewegungen haben wiederholt Zehntausende von Menschen auf die Strasse gebracht, um gegen die jugendfeindliche Politik des Bürgertums zu protestieren. Die Entwicklung der oekologischen und anti-nuklear-Bewegung findet ihren breitesten Ausdruck im Kampf gegen das AKW Kaiseraugst. Auch die Friedensbewegung hat in der Schweiz ein breites Echo gefunden, obwohl in der Schweiz keine Cruises Missiles und keine Pershing stationiert werden. Die Opposition gegen den Waffenplatz Rothenthurm verbindet Forderungen des oekologischen und des antimilitaristischen Kampfes. Die Bewegung gegen die Unterdrückung der Frauen hat in der letzten Zeit keine besondere Entwicklung gekannt, bleibt aber im Zentrum der Radikalisierung und Politisierung ganzer Frauen-Schichten.

Bewegungen gegen die Wohnungsnot konnten sich entwickeln, die internationalistische und anti-imperialistische Solidarität konnte weiterhin grosse Menschenmengen in Aktion bringen.

Alle diese Bewegungen haben einige gemeinsame Wesenszüge:

a) Sie haben in der Aktion mehr Jugendliche und Lohnabhängige erfasst als in der vorangegangenen Periode. Diese Oppositionsbewegungen haben sich ausgeweitet und bringen einen wachsenden Widerstandswillen gegen die Politik des Bürgertums zum Ausdruck. Ebenso drückt sich dies darin aus, dass nach einem politischen Ausdruck für diesen Willen gesucht wird, der auf Wahlebene neben der Sozialdemokratie erscheinen kann.

b) Diese Bewegungen haben das Kräfteverhältnis gegenüber dem Bürgertum nicht so ändern können, dass dieses zum Nachgeben gezwungen werden konnte. Die Anti-Kaiseraugst-Bewegung konnte zwar ein Moratorium für den Bau erzwingen, aber nicht die vollständige Aufgabe des Projekts durchsetzen.

c) Diese Bewegungen entwickeln sich weitgehend ausserhalb der traditionellen Arbeiterbewegung, da deren Führung eine Politik betreibt, die gegenüber solchen Problemen überhaupt keine Anziehungskraft ausübt und die nicht hilft, solche Bewegungen zu zentralisieren. So sind diese Bewegungen zersplittert geblieben bezüglich ihrer Ziele, selbst wenn die Schichten von Jugendlichen und Lohnabhängigen, die sie tragen, oft die gleichen sind. Sie verfügen über keine Stossrichtung, womit die gesamten Kräfteverhältnisse gekippt werden könnten, wie das z.B. in Frankreich mit den Präsidentschaftswahlen im MAi 1981 der Fall war. Immerhin haben sie aber damit die ersten gewerkschaftlichen Widerstandsaktionen beeinflusst, indem sie zeigten, dass man handeln kann und muss.

d) Diese Bewegungen setzen sich nicht in einer politischen und gewerkschaftlichen Stärkung der Arbeiterbewegung fort. Das ist eine Bremse für die Vertiefung der ersten

Differenzierungen in der organisierten Arbeiterbewegung.

12. Allgemein gesprochen bedeuten weder die ersten Widerstandsaktionen noch die gesellschaftlichen Oppositionsbewegungen eine qualitative Veränderung des Kräfteverhältnisses. Diese Tatsache, kombiniert mit der Kapitulationspolitik der reformistischen Führungen kann auf Zeit zur Demoralisierung und zum Rückzug auf sich selbst der ersten Jugend- und Lohnabhängigenschichten führen, die in Aktion treten. Kurzfristig aber ist es offensichtlich, dass diese Aktionen eine Politisierung und Radikalisierung bei einer eingeschränkten Schicht von Lohnabhängigen und Jugendlichen hervorrufen. Auch wenn sie dabei die traditionelle Arbeiterbewegung umgehen, werfen sie doch das Problem auf, dass man sich für die Aktion politisch organisieren muss. Diese kleine Schicht von Jugendlichen und Lohnabhängigen ist wichtig, da sie ohne Zweifel eine Perspektive für die zahlenmässige und qualitative Stärkung unserer Strömung darstellt.

D. Die Sozial-Demokratie

13. Die SPS ist vor eine neue Situation gestellt. Sowohl national wie auch lokal ist sie gegenüber den bürgerlichen Parteien in der Minderheit und wird mit dem Rücken an die Wand gedrückt. Langezeit hat die SPS ihre Klassenzusammenarbeit mit einer Reihe von sozialen Reformen rechtfertigt. Für eine grosse Zahl von Lohnabhängigen war die Regierungsbeteiligung der SPS durch die Verbesserung der AHV, des Schulsystems, der Sozialversicherung usw. rechtfertigt. Die Sparpolitik des Bürgertums unterminiert diese Rechtfertigung. Die SPS rechtfertigt jetzt die Fortsetzung ihrer Politik mit der Notwendigkeit des kleineren Übels: Auf Regierungsebene soll die Sozialabbaupolitik des Bürgertums gebremst werden. Das führt dann dazu, dass die SPS den Grossteil des Sozialabbaus akzeptiert.

Ohne Wimpernzucken akzeptiert sie die Steigerung der Militärausgaben. Damit verliert sie aber mehr und mehr gegenüber den bürgerlichen Parteien auch jedes eigenständige und unabhängige Gesicht. Dazu kommt noch, dass die Partei nur über eine äusserst beschränkte Fähigkeit verfügt, eigenständige Initiative einzuleiten, die wiederum ihre Regierungsbeteiligung irgendwie in Frage stellen könnten. Diese neue Situation kann dazu führen, dass die Beteiligung an der Regierung zu Spannungen führt. Jede neue Sozialabbau-Massnahme, die durch die bürgerlichen Parteien mit Unterstützung der SPS beschlossen wird, wird die Diskussion über den Sinn der Regierungsbeteiligung neu entfachen.

14. Ob die Regierungsbeteiligung der SPS weitergeführt wird oder nicht, hängt von verschiedenen Faktoren ab:

a) Einmal von der Position der SP-Parlamentsfraktion. Entscheidendes Kriterium für sie ist bei all diesen Entscheiden die Wahlperspektive. Wenn die SPS grosse Wahleinbussen hinnehmen muss, so stellt das eine ihrer Rekrutierungsquellen in Frage, d.h.sie kann nicht mehr so viele Pöstchen und sozialen Aufstieg im Staatsapparat verteilen.

Ein Teil der Würdenträger und der Parlamentsfraktion ist wiederum ohne jeden Zweifel bereit, auch grosse Wahlverluste hinzunehmen, ohne ihre Politik der Regierungsbeteiligung auch nur in Frage zu stellen. Ein Beispiel dieser Haltung zeigt sich in der Parteispaltung der SPS in Basel-Stadt oder in der zürcher Sektion Uster. Die Würdenträger der Partei, die am meisten an die bürgerlichen Parteien gebunden sind haben die Partei gespalten, ohne jede Furcht vor Wahlschlappen.

Die Mehrheit dieser Würdenträger der Parlamentsfraktion dürfte sich aber bewusst sein, dass ihre Position und ihre Zukunft von der Existenz der Partei selbst und von den Gewerkschaften abhängt. Bis jetzt kennt die SPS noch keine katastrophalen Wahlniederlagen, die einen schnellen Wechsel in der Haltung dieser Schichten, die noch an der

Regierungsbeteiligung festhalten, aufdrängen würden.

b) Dazu kommt, dass ein Auszug aus dem Bundesrat empfindliche Auswirkungen auf die Anwesenheit in den Kantonsregierungen haben könnte. Es ist offensichtlich, dass der Grossteil der Würdenträger in keinem Fall einen Auszug aus den Kantonsregierungen riskieren möchte.

c) Schlussendlich würde ein Auszug aus der Regierung eine längere "Oppositions-Kur" für die SPS bedeuten. Um eine solche Kur mit Erfolg zu absolvieren, müssten die Würdenträger überzeugt sein, dass sie sich dabei auf gewerkschaftliche Mobilisierungen abstützen könnten. Ebenso müssten sie überzeugt sein, dass die SPS so auf Wahlebene neue Erfolge einheimen könnte.

Heute ist die Mehrheit dieser Leute keineswegs davon überzeugt, dass ein Regierungsauszug ihnen etwas bringen würde.

15. Der Zerfall der traditionellen Grundlagen der Regierungsmitarbeit der SPS hat in den Reihen der Partei selbst zu ersten Differenzierungen geführt, die aus der 68-er-Radikalisierung hervorgingen. Die SPS-Leitung um Hubacher hat demgegenüber eine doppelte Linie angewandt, um diese Opposition und Differenzierung einzuschränken.

Diese Linie versuchte einerseits, sich nicht vom traditionellen SP-Wahl-Publikum zu entfernen und gleichzeitig die Partei gegenüber den "68er-Schichten" zu öffnen. Die Hubacher-Führung versuchte so der Partei ein Gesicht von "Halb-Opposition" zu geben. In diesem Sinne akzeptierte sie auch die Eröffnung einer Programmdebatte, lancierte die Banken- und die Rüstungsreferendums-Initiative und hat auch im Parteiapparat einigen 68er Kadern Posten offeriert.

Diese Politik, als Halb-Opposition zu erscheinen, stiess auf wachsenden Widerstand bei der Parteirechten, die fürchten, dass die internen Parteiauseinandersetzungen und das minimal geänderte Erscheinen der Partei nach aussen Rückschläge bei den Wahlen und zunehmende Schwierigkeiten mit den bürgerlichen Parteien bringen könnten. Anderseits hat auch die Hubacher-Führung, gestärkt durch die Offensive der Parteirechten, eine harte Debatte gegen die Opposition in der Partei geführt. Sie wollte verhindern, dass die Linke in der Krisensituation den gesteckten Rahmen der "Scheinopposition" hätte überschreiten können. Dieser Rahmen war und bleibt der einer gemässigten Regierungspartei, die gleichzeitig fähig ist, neue Schichten anzuziehen. Die Verhärtung des bürgerlichen Angriffs hat dieses Projekt schwierig gemacht, umso mehr, als das Bürgertum darauf hart reagierte und die Partei-Linke ins Visier nahm.

16. So führten die ersten Differenzierungen innerhalb der SPS zu einer Niederlage der Partei-Linken. Die Schwäche dieser Linken war sowohl sozial, wie auch politisch. Sie verstand es nicht, eine Debatte zu führen und Vorschläge zu machen, die auf dem Feld der Tagespolitik der Partei politische Alternativen eröffnen. Teilweise auch aus Angst vor der Parteirechten hat sie sich in eine Programmdebatte verflüchtigt, die nie zu den Fragen der konkreten politischen Aufgaben vorsties, die eine Neubildung der Arbeiterbewegung ermöglicht hätten.

Diese Partei-Linke hat nur ganz wenige Initiativen in- und ausserhalb der Partei ergriffen, mit denen in der Aktion Kräfte gegen die Politik der Würdenträger der Partei gesammelt werden konnten. Dafür wiegte sie sich in der Illusion, dass eine abstrakte Debatte über das Programm der Partei eine grundsätzliche Aenderung der Politik bringen könnte. Damit hat sie den Würdenträgern das Feld frei überlassen, um ohne jede grosse Schwierigkeit ihre tägliche Kollaborationspolitik fortzusetzen. Die Schwäche der Partei-Linken zeigt aber erneut die allgemeine Schwäche der Arbeiterbewegung. Die Linke konnte tatsächlich in keinen Dialog mit Schichten von Lohnabhängigen treten, die sich in Bewegung setzten und sich der SPS zuwandten, um dort eine politische Lösung für ihre Anliegen zu finden.

17. Die gegenwärtige Politik der SPS läuft Gefahr, neue Differenzierungen innerhalb der Partei hervorzurufen. Formen und Rhythmen, die diese Differenzierungen kennzeichnen werden, sind heute noch nicht abzusehen. Dagegen ist es heute schon klar, dass die Verschärfung der Spar- und Sozialabbaupolitik diese Differenzierungen um gesamtpolitische Fragen weiter politisieren werden, die die Arbeiterbewegung aus der Sackgasse heraus bringen wollen. Ebenso werden diese Differenzierungen von gewerkschaftlichen Aktivitäten und von Kräften beeinflusst, die ausserhalb der SPS wirksam sind, namentlich der SAP.

E. Die Gewerkschaftsbewegung

18. Die Gewerkschaften sind in die Krise eingetreten mit einer ausserordentlichen Schwäche. Zu den objektiven Schwierigkeiten kommt so die Isolierung der kämpferischen Aktivistinnen, die sowohl unter dem Unternehmerangriff wie auch unter der Blockierung durch die Gewerkschaftsbürokratie leiden. Seit der Rezession 74/75, als die Gewerkschaften minimal gewachsen sind, stagniert heute die Mitgliederzahl oder geht sogar zurück. Nirgends wurden neue Schichten von Lohnabhängigen für die Gewerkschaft gewonnen.

19. Die Gewerkschaftsbürokratie hat überhaupt keine alternative Orientierung für diese Situation. Ihre Hauptachse, Erbstück des Arbeitsfriedens, besteht darin, die Opfer zu akzeptieren in der Hoffnung, dass ein Neuaufschwung der Wirtschaft die Vollbeschäftigung wieder herstellen wird. Ihre schüchternen Forderungen nach "Wirtschaftsförderung" gehen in die gleiche Richtung wie die Unternehmer: Konzentrierung der Exportindustrie auf die rentablen Sektoren und Unterstützung der Profite - auf Kosten der Arbeitsplätze. Die unmittelbarsten Forderungen, um auf die Krise zu antworten (Teuerungsausgleich, Arbeitszeitverkürzung, Arbeitslosenversicherung und Umschulung) werden entwertet: Arbeitszeitverkürzung mit Lohnverlust, Teuerungsausgleich je nach Lage des Betriebes, Kurzarbeit (bezahlt durch die Lohnabhängigen), um die Entlassungen zu verhindern. Die Schichten, die am meisten unter Druck kommen - vor allem die Frauen und die Gastarbeiter - werden geopfert. Die verheerenden Auswirkungen dieser Politik, die Demoralisierung und die Spaltung, werden die Gewerkschaften nur zusätzlich schwächen. Die Uhrenkrise hat davon bereits einen bitteren Vorgeschmack geliefert.

20. Die Abfolge dieser Kapitulationen und ein leichter Druck von unten bringen einen Teil der Gewerkschaftsbürokratie dazu, dass sie reagieren wollen. Ihre Verteidigungslinie steht nicht im klaren Widerspruch zum Arbeitsfrieden, aber sie drückt den Willen aus, nicht mehr alles zu schlucken ungeachtet des Preises. Die Idee, dass man zu Mobilisierungen schreiten muss, selbst zu Arbeitsunterbrüchen oder gar zu Streiks, erscheint als gerechtfertigt, weil der vertragliche Ausweg sehr schnell blockiert ist. Die Auswirkung solcher Druckaktionen ist aber ausserordentlich beschränkt. Sie genügten nicht, um die Unternehmer oder die Regierung zum Nachgeben zu zwingen. Im besten Fall führten sie dazu, dass die Bedingungen der Entlassungen verbessert wurden oder dass wenigstens Teile des Teuerungsausgleichs gegeben wurden. Aber sie genügten nicht, um das Kräfteverhältnis grundsätzlich zugunsten der Lohnabhängigen zu ändern. Diese Grenzen sind nicht das Ergebnis einer objektiven Entwicklung, sondern der ausserordentlichen Schüchternheit der Druck-Mobilisierungen, die durch einige Gewerkschaftsführungen angerissen werden (Bsp. Bundespersonal). Sie riskieren damit, die Idee, zur direkten Aktion zu schreiten, in den Augen der Arbeiter/innen zu entwerten und damit die Aktivistinnen/innen zu entmutigen. Dagegen erlauben diese Druck-Aktionen den Weg zu bahnen für neue Erfahrungen in der Aktion, die den entschiedensten Aktivistinnen/innen und all jenen, die sich für eine Klassenkampf-gewerkschaft einsetzen möchten, die Möglichkeit geben, neue Kräfte um sich

zu gruppieren. Entscheidend ist, dass diese Debatten und Differenzierungen erlauben, die Gewerkschaftsbasis neu zu organisieren, um so eine totale Entmutigung zu verhindern. Dort, wo eine neue Generation schon in den vorangehenden Jahren eine Erfahrung machen konnte und eine Echo bei weiteren Kreisen gefunden hat (z.B. Druckindustrie in Genf) kann man sehen, dass es möglich ist, nicht nur das Kräfteverhältnis zu ändern, sondern auch entscheidende Kämpfe einzuleiten und den Weg nach vorne zu zeigen.

21. Diese Oeffnungen sind je nach Verband verschieden. Im SMUV zeigte sich nach der Auflösung des "Manifests 77" keine weitere Opposition auf Landesebene. Die Leitung ist bereit, selbst wichtige Teile der Gewerkschaft auf dem Altar des Arbeitsfriedens zu opfern. Die kritischen AktivistInnen suchen infolgedessen Auswege auf lokaler oder sektorieller Ebene, die deswegen aber weitgehend ungenügend bleiben, um die Er-rungenschaften zu verteidigen. Sie überlassen damit der Bürokratie den vollen Spielraum. In der GDP wurde die Opposition geschlagen bei der Wahl eines neuen Präsidenten, aber dies bleibt nur eine erste Kraftprobe: Die Krise der Branche und die starke Position der Linken in einigen wichtigen Sektionen erlauben, dass die Auseinandersetzung weiter geht und die Linke erneut an Gewicht gewinnt, wenn sie landesweit vorwärts geht. Im öffentlichen Sektor hat die Blockierung der Personalbestände und der Löhne einen Teil der Gewerkschaftsführung dazu gebracht, zum Mittel der Druck-Mobilisierung zu greifen. Dies ist die wichtigste Aenderung der letzten Periode trotz den angegebenen Grenzen. Sie eröffnet die Möglichkeit, bedeutendere Bewegungen einzuleiten.

22. Die christlichen Gewerkschaften spielen in diesem Rahmen eine zweideutige Rolle. In vielen Fällen bleiben sie rechts-orientierte Gewerkschaften, bereit zur Kollabo-ration mit dem Bürgertum in direktester Form, nämlich indem sie sich unter die Obhut der CVP stellen. Auf Landesebene spielen sie sich als Konkurrenz zum SGB und seinen Verbänden auf - die ihnen dazu freie Hand lassen - obwohl ihre Orientierung in keiner Weise eine Alternative ist. In der Westschweiz hat sich aber eine Strömung herausgebildet, die dem CVP-Zugriff ent-schlüpft und die versucht eine "Oppositions-Gewerkschaft" ausserhalb der grossen Gewerkschaften zu bilden. Diese Logik - selbst wenn sie oft richtige Positionen einnimmt - erlaubt diesen christlichen Gewerkschaften aber nicht, eine Mehrheit zu werden und das Kräfteverhältnis zugunsten der Arbeiter zu kippen. Diese Logik erschwert auch den Aufbau einer Oppositionsströmung im SGB. Sowohl in den christlichen wie auch in den SGB-Verbänden muss die Linke diese "Trennungs-Logik" bekämpfen und sich klar und deutlich für die Gewerkschaftseinheit und für die gemeinsame Aktion aussprechen.

F. Der Misserfolg des "Pols" PdAS-Poch-PSA

23. Poch, PdA und PSA gelten bei Wahlen und auch in einigen Bewegungen und Gewerkschaften als eine Opposition zur Mehrheitsführung der SP. Sie sind eine Opposition mit reformistischen Positionen aus der "kommunistischen Schule". Ihr Ziel war, ausgehend von dieser Basis untereinander ein vorrangiges Bündnis zu schliessen und sich sogar zu vereinigen. Dieses Ziel hat Schiffbruch erlitten. Das zwingt diese Parteien ihre Politik und ihr Bündnissystem zu revidieren. Verschiedene Faktoren erklären dieses Scheitern:

a) Ihre Oppsition zur Klassenkollaborationspolitik gründet sich nicht auf eine allgemeine antikapitalistische Orientierung. Hervorgegangen und geschult in der sozialdemokratischen und stalinistischen Politik bewahren sie ein reformistisches Projekt, das sich weder der Regierungsbeteiligung noch der Zusammenarbeit mit Sektoren des Bürgertums widersetzt. Da alles zugespitzt war auf die Bildung einer gemeinsamen parlamentarischen Gruppe, kamen sie sofort in eine Zer-reissprobe über verschiedene strategische Probleme: Haltung

gegenüber den gesellschaftlichen Oppositionsbewegungen, vorrangige Antworten auf die Krise, Haltung gegenüber der SPS.

b) Diese Spannungen haben sich verschärft durch die Tatsache, dass die meisten Oppositionsbewegungen ausserhalb der organisierten Arbeiterbewegung entstanden und zu einer Differenzierung zwischen Poch - die sie zu integrieren versucht in ein Konglomerat aller Unzufriedenen - und der PdA, die sich mehr auf die "klassischen" Gewerkschaftsthemen ausrichtet. Die Strategie der "Volkssammlung", die beide Parteien verfolgen, erlaubte nicht, diese Fragen in einem gemeinsamen Rahemn zu klären, im Gegenteil, sie sprengte noch den minimalen Rahmen, der schon existierte.

c) Die Krise des Stalinismus hat diese Spannungen noch verschärft bezüglich der internationalen Politik. Die PSA ging dabei am weitesten, indem sie für die internationale Politik jedes Klassenkriterium aufgab. Die Poch, die ihren "Anti-Imperialismus" auch auf die bestochenen bürgerlichen Führungen der 3. Welt anwendet wird durch jeden Rückschlag in der Kolonialrevolution mehr desorientiert. In dieser Auseinandersetzung ist die PdA auf einen helvetischen National-Pazifismus beschränkt und versucht erfolglos die Meinungsunterschiede über die Politik der UdSSR und über die Befreiungsbewegungen unter den Tisch zu wischen.

d) Dazu kommt noch, dass keiner der drei Bestandteile dieses Pols zu den KPs der Immigration feste Bande geknüpft hat. Ihre nationalistische und rein elektorale Ausrichtung hat das verhindert und ihnen so auch die Chance genommen, innerhalb der Arbeiterklasse eine breitere Basis zu bekommen und damit auf Gewerkschaftsebene zu einer ernstzunehmenden politischen Kraft zu werden. Ihre parlamentarische Konzeption des "Alternativpols" entfernt sie dazu von jedem Verständnis für eine zusammenhängende Gewerkschaftsarbeit. Die Bilanz dieses Projekts muss ohne Umschweife gezogen werden: Im Gegensatz zur SAP - trotz unseren schwachen Kräften - haben es diese drei Parteien nicht einmal geschafft, ein Minimum einer nationalen Partei auf die Beine zu stellen - was sich auch daran zeigt, dass sie zusammen keine Initiative zustandegebracht haben. Die rein wahltechnische Natur dieses Pols ist mit den ersten Schwierigkeiten, eine gemeinsame nationale und internationale Politik festzulegen, sichtbar geworden und führte zu seinem Zusammenbruch.

24. Die Poch zieht daraus einen Schluss, der die Identitätskrise noch verstärkt, in der diese Partei jetzt schon steckt. Sie steckt sich das Ziel, ein "Konglomerat aller Antiestablishment-Kräfte" in alle Richtungen zu bilden ohne jeden Klassenbezug. Dadurch wird sie selbst widerstrebenden Kräften ausgesetzt werden. Ein Sektor der Partei verlässt dabei selbst jeden Klassenbezug. Die Aktivisten/innen, die erwarteten, dass die Poch eine aktivere reformistische Kraft an der Seite der SP wird, handeln alle in ihrem speziellen sozialen Sektor. Die Kader, die noch in der Tradition der "internationalen kommunistischen Bewegung" erzogen wurden, schwanken zwischen den klassischen stalinistischen Positionen und einer vor allem wahltechnisch bedingten Oeffnung in Richtung der "Grünen". Diese Spannungen wurden bis jetzt beschränkt durch die Wahlerfolge der Poch. Aber sie werden verschärft ausbrechen in einer Periode, wo die Hauptfrage - auch für gesellschaftliche Oppositionsbewegungen - die Entwicklung der Arbeiterbewegung sein wird. Die Rechnung, die die Poch-Führung heute macht, setzt auf eine Ausweitung des Stimmen- und Wählerpotentials durch Abkommen ohne jedes Prinzip, eingeschlossen mit rechten Teilen der Oekologisten. In der heutigen Situation kann diese Rechnung sehr schnell zu neuen Schwierigkeiten führen. Sie riskiert, die Spannung innerhalb der Poch noch zu verschärfen.

25. Der Misserfolg des 3er-Pols hat die Krise der PdAS noch verschärft. Seit der Spaltung von 1969/70 hat diese Partei andauernd die Ablösung ihrer nationalen Leitung durch junge Kader verpasst. Die Aktivisten, die in der Woge des Eurokommunismus gewonnen wurden, verlassen jetzt die Partei wieder. Ohne jede aktive Basis kann die Partei auch in den gesellschaftlichen Bewegungen keine neuen Kräfte pumpen. Auch ihre Arbeiter-

basis, die ihre Wahlbattallione ausmacht, ist weitgehend abgeschnitten von den aktiven Gewerkschaftlern.

Die Ablehnung jeder radikalen Kritik an den bürokratischen Regimes durch die PdA ist in dieser Krise entscheidendes Element. Aber ihre schweizerische Orientierung, die das Ergebnis ihres stalinistischen Ursprungs ist, kombiniert sich damit. Auf der ewigen Suche nach der "Volkssammlung" hat sie die antikapitalistische Dynamik verpasst, die die Jugend zum Engagement in den Bewegungen bringt. Darüber hinaus hat die Partei ihre Mitglieder systematisch über die Natur der Arbeiterklasse misserzogen, indem sie die Angestellten als Schichten von Nicht-Lohnabhängigen betrachtet, die man zum Bündnis mit der Arbeiterbewegung und nicht für diese selbst gewinnen müsse. Die Politik der "Friedlichen Koexistenz" führt die PdA zu einem pazifistischen Neutralismus, gegen den sich gerade die Jugend rebelliert. Das liess die PdA auch alle anti-imperialistischen Bewegungen verpassen.

Diese Elemente erklären die schweren Wahl-Rückschläge der letzten Jahre. Die Auswirkungen dieser Krise verändern auch zunehmend die Haltung der PdA gegenüber den "Linkslern" und allgemein gegenüber den Kräften, die sich heute in der Opposition engagieren. Dies sollte helfen, einen sektiererischen Reflex zu überwinden und neue Oeffnungen für eine Einheitspolitik der Arbeiterbewegung zu erlangen.

26. Von den drei Parteien wendet sich die PSA am offensten einer klassischen sozialdemokratischen Politik zu. War diese Partei einst durch den Euro-Kommunismus und den sogenannten "dritten Weg" angezogen, so kehrt sie immer mehr an ihre Ursprünge zurück und beginnt dabei für eine Sparpolitik ähnlich der Sozialdemokratie einzutreten. In der internationalen Politik wird deutlich, dass sie sich neutralistischen Positionen annähert. Nichtsdestoweniger bleibt sie aber im Tessin in den Augen der Arbeiter die wichtigste Oppositionspartei, was ihr auch ihre Wahlerfolge garantiert. Die schwierige Krise, in der der Kanton Tessin steckt, schafft andererseits aber auch Platz für eine Strömung, die sich der Wende der PSA widersetzt.

27. Die KPs der Immigration haben wie alle Immigrationsorganisationen in der Krise schwere Gegenschläge erhalten: Die fremdenfeindliche Welle und die Isolierung innerhalb der Arbeiterbewegung. Trotz dieser ausserordentlichen Schwierigkeiten bewahren sie aber eine Fähigkeit Gastarbeiter/innen zu organisieren. Die Entwicklung der Politik ihrer nationalen Parteien in Spanien und in Italien, ihre Akzeptierung der Sparpolitik bringt sie aber in eine noch schwierigere Situation. Die Mobilisierung ihrer Mitglieder für die Wahlen zu Hause ist nicht mehr möglich, ohne offen die Frage der politischen Strategie dieser Parteien zu diskutieren. Dazu kommt, dass ein immer grösserer Teil der Gastarbeiter, die noch in der Schweiz sind, kaum mit der Rückkehr in ihr Heimatland in der nächsten Zeit rechnen. (Diese These muss vollständig neu geschrieben werden)

G. Die "alternativen" Strömungen

28. Die Integration von SP und SGB in die bürgerliche Politik, der Misserfolg des Pöls Pöch-PdA-PSA und die allgemeine Schwäche der Arbeiterbewegung erklären, dass diese für breite Schichten von Lohnabhängigen und Jungen, die sich in den letzten Jahren in breiten Bewegungen aktiviert haben, nicht mehr als eine Alternative erscheint. Diese Situation ist der Grund für das Entstehen von "alternativen" Strömungen, die versuchen, Lösungen für die soziale Krise des Kapitalismus (Energie, Umwelt, Städtebau, Wohnen) ausserhalb der grossen politischen Strömungen und gegen das staatliche und parlamentarische Establishment aufzubauen. Die Mobilisierung dieser Kräfte ist sehr oft sehr breit und hat erlaubt, eine Oppositionskraft zu entwickeln, die trotz ihrer allgemein gehaltenen politischen Bezugspunkte auf dem Feld der unmittelbaren direkten

Aktion wirkungsvoll sein kann. So erklärt es sich auch, dass nicht die Arbeiterbewegung nach und nach für diese Schichten Bezugspunkt wird, sondern dass diese Bewegungen mehr und mehr Bezugspunkt für die Aktivisten/innen werden, die aus der Arbeiterbewegung hervorgehen. In der SP-Linken, bei den PdA-Abtrünnigen wie auch bei einem Teil der Poch beginnen mehr und mehr Militante die Krise ihrer Parteien nicht als eine Krise der Orientierung ihrer Partei, sondern als eine Krise der Parteien überhaupt zu begreifen. Die Parteistrukturen seien demnach ein Hindernis für die Widerstandskräfte der gesellschaftlichen Bewegungen.

29. Die Kraft der anti-Akw-, der Friedens-Bewegungen usw. zeigt die Tiefe der gesellschaftlichen Krise der bürgerlichen Gesellschaft und die Unfähigkeit der traditionellen Integrationsmechanismen, diese Kräfte wieder einzufangen. Das ist eine ausserordentliche Errungenschaft für die ganze Arbeiterbewegung: Wichtige Schichten insbesondere der Jugend sind nicht mehr bereit, ihre Interessen der gesellschaftlichen Uebereinstimmung unterzuordnen und sie sind fähig, ihre Forderungen mit Nachdruck zu vertreten. Dabei handelt es sich nicht um eine "neue" Entwicklung, die unvorhersehbar war und ist, sondern um die Folgen der tiefen Krise des Kapitalismus: Der Gegensatz zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte (was und wie) und den herrschenden gesellschaftlichen Beziehungen wird immer schreiender. Die Unfähigkeit des Grossteils der Arbeiterbewegung auf diese Probleme zu antworten, kommt gerade von ihrer positiven Haltung gegenüber dem Kapitalismus, von ihrem dumm-dreisten Vertrauen in den parlamentarischen Weg und von ihrer Ablehnung einer radikalen sozialistischen und demokratischen Alternative.

30. Von hier aus können wir verstehen, dass die gesellschaftlichen Oppositionsbewegungen in den kommenden Jahren vor entscheidenden Problemen der politischen Ausrichtung stehen werden. Diese Bewegungen vereinigen die verschiedensten und auch verschwommensten politischen Ausrichtungen. Es gibt Teile, die offen in Richtung bürgerlicher Lösungen gehen (zum Beispiel einer zusätzlichen Energiesteuer), andere sind traditionell reformistisch (für eine gerechtere Verteilung der Ressourcen), es gibt aber auch radikale antikapitalistische Strömungen. Es ist offensichtlich, dass diese verschiedenen Ausrichtungen der Verschärfung der Krise auch zu zugespitzteren politischen Auseinandersetzungen führen werden. Das zeigt sich schon heute mit der Bildung von bürgerlichen Umweltschutzgruppen und der Bildung von radikaleren Strömungen. Diese Trennung wird aufkommen, wie schwach die Arbeiterbewegung auch ist. Darum ist es unersetzlich, in diesen Bewegungen eine klare antikapitalistische Strömung zu stärken. Diese kann sich nicht darauf beschränken, die wichtige Errungenschaft der direkten Aktion zu preisen. Ebenso muss sie zeigen, wie solche Manifestationen der gesellschaftlichen Krise die organisierte Arbeiterbewegung beeinflussen können, um das Kräfteverhältnis gegenüber dem Bürgertum zu verbessern.

31. Weil ein glaubwürdiger Partner in der Arbeiterbewegung fehlt, versuchen einige dieser "alternativen" Strömungen sich auf Landesebene in einer Foederation oder gar in einer Partei zu strukturieren. Dieser Prozess hat sich aus den oben dargelegten Gründen bis jetzt noch nicht kristallisieren können und stösst auf ausserordentlichen Schwierigkeiten wegen der Differenzen, die zwischen bürgerlichen und radikalen Oekologisten bestehen. Auf Wahlebene allerdings können solche Gebilde einen Teil der Unzufriedenheit mit der bürgerlichen und der reformistischen Politik der Arbeiterbewegung einfangen. Es ist entscheidend, dass eine revolutionäre Partei mit diesen Strömungen in Diskussion kommt, indem sie sich an den Mobilisierungen beteiligt und indem sie die verschiedenen Teile der Bewegung dazu bringt, sich gegenüber den wichtigen strategischen Fragen festzulegen.

H. Unsere Linie und unsere Aufgaben

32. Angesichts der Rolle der Schweiz als imperialistisches Land - Ausbeutung der dritten Welt und Uebersausbeutung der Gastarbeiter in der Schweiz -, angesichts der Situation und der Entwicklung in den halbkolonialen Ländern und angesichts der imperialistischen Offensive kommt der antiimperialistischen Solidaritätsarbeit in der Schweiz eine vorrangige Bedeutung zu. Wir führen systematische Solidaritätskampagnen und wenden uns dabei immer an ein möglichst breites Publikum. Gleichzeitig werden wir insbesondere auf folgende Punkte ein Schwergewicht legen:

- Für die Wirksamkeit des Antiimperialismus gegen die Politik des schweizerischen Kapitals in den Halbkolonien ist es unabdingbar, dass sich die schweizerische Arbeiterbewegung auf die Seite ihrer Klassenschwestern und -brüdern stellt. Aus diesem Grund legen wir ein grosses Gewicht auf die internationale Solidarität auch in unserer Gewerkschaftsarbeit und wenden uns mit diesem Ziel an die SPS, die Verantwortung für die schweizerische Aussenpolitik in der Regierung trägt. Wir setzen uns in diesem Sinn für die Stärkung der Friedens- und antimilitaristischen Bewegung ein. Wir betonen, dass sich die Aufrüstung nicht nur auf eine zukünftige globale Auseinandersetzung richtet, sondern ebenso auf unmittelbare direkte militärische Interventionen gegen die unterdrückten Klassen und vorwärtsschreitenden Revolutionen.

- In der Solidaritätsarbeit legen wir ein besonderes Gewicht auf die Solidarität mit den Bewegungen in der dritten Welt, die mit dem Kapitalismus brechen, wie in El Salvador und Nikaragua. Wir zeigen damit die soziale Dynamik des Befreiungsprozesses und die Aktualität des sozialistischen Projekts.

- Ein Schwerpunkt unserer antiimperialistischen Arbeit liegt auch im Kampf für die vollen gewerkschaftlichen und politischen Rechte der Immigranten in der Schweiz. Die Solidaritätsarbeit mit der antibürokratischen Revolution in Osteuropa führen wir auf der gleichen Ebene wie die antiimperialistische Aktivität. Als Internationalisten, die für die Befreiung der gesamten Arbeiterklasse eintreten, gibt es für uns keine Hierarchie im Klassenkampf. Siege und Erfolge in einem Teil der sozialistischen Weltrevolution sind eine Unterstützung für die Befreiung in den andern Teilen. Dabei beziehen wir keine "neutralistische" Position gegenüber der Erpressungspolitik des Imperialismus gegenüber den bürokratisierten Arbeiterstaaten. Wir betonen die Bedeutung einer wirkungsvollen Unterstützung, die diese Länder den Befreiungsbewegungen zukommen lassen sollten.

33. In unserer Politik gehen wir davon aus, dass sich die schweizerische Arbeiterklasse in einer defensiven Phase befindet. Hauptaufgabe ist die Verteidigung der bisherigen Errungenschaften:

Der Kampf gegen Arbeitslosigkeit und zunehmenden Stress, gegen Lohn- und Sozialabbau und gegen die Budget- und Steuerpolitik des Bürgertums ist dabei entscheidend. In diesem Kampf setzen wir konkrete, unmittelbare Kampflosungen ins Zentrum der Agitation, die die ganze Arbeiterklasse betreffen und die den Weg einer Klassenantwort aufzeigen

- :
- Für eine massive Arbeitszeitverkürzung, für die 40-Std-Woche in Richtung 38-Std. bei vollem Lohnausgleich in allen Verträgen und auf gesetzlicher Ebene.
 - Für die Herabsetzung der Jahres- und Lebensarbeitszeit, 5 Wochen Ferien für alle, Pensionierung 62/60 und à la carte.
 - Für die Erhaltung der vollen Kaufkraft der Lohnabhängigen. Wir fordern den automatischen rückwirkenden Teuerungsausgleich und die Indexierung aller Rentenleistungen. Gegen den Sozialabbau und die Erhöhung des Militärbudgets, gegen alle Steuergeschenke an die Reichen und die Unternehmer, für eine Sondersteuer auf hohe Einkommen, Gewinne und Erbschaften. Wir zeigen, dass trotz der Krise immer noch bei den entscheidenden Kreisen genügend Geld vorhanden ist.
 - Besonderes Gewicht legen wir auf Forderungen, die die Richtung zeigen im Kampf gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit und den Verlust von Arbeitsplätzen. Dabei fordern

wir einen Ausbau der Arbeitslosenkasse und deren Finanzierung durch die Unternehmer und die Verbesserung der Berufsbildungs- und Umschulungsmöglichkeiten durch die Schaffung von öffentlichen Lehrwerkstätten. Die Forderungen unserer Initiative stellen wir dabei ins Zentrum, um das Unternehmermonopol in diesem Bereich zu brechen.

- Ein besonderes Augenmerk muss in dieser Situation auf die kantonalen und nationalen Wirtschafts- oder Arbeitsbeschaffungsprogramme gelegt werden. Wir wenden uns grundsätzlich gegen alle Programme, die die Umstrukturierung und den Arbeitsplatzverlust mit Steuergeldern fördern oder das Militärbudget erhöhen. Gegenüber den andern Projekten fordern wir, dass sie der direkten Kontrollen durch die Gewerkschaften und Betriebskommissionen unterstellt werden. Sie sollen nur gewährt werden, wenn die Gewerkschaften bei den Empfängern ihre minimalen Rechte wahrnehmen können, die Arbeitszeit reduziert wird und die Erhaltung aller Arbeitsplätze garantiert ist. Dazu fordern wir gewerkschaftliche Kontrolle über sämtliche Zuwendungen und ihre Anwendung.

Ein besonderes Gewicht legen wir in unserer täglichen Agitation auf die Verteidigung der schwachen Schichten innerhalb der Arbeiterklasse, namentlich der Frauen und der Gastarbeiter und spezieller Forderungen, womit ihre Interessen verteidigt werden müssen:

- Die kommenden Jahre werden geprägt sein durch den Versuch des Bürgertums, die Errungenschaften der Frauen rückgängig zu machen und alle weiteren Reformprojekte diesbezüglich zu stoppen. Wir treten entschieden gegen den Versuch auf, die Abtreibung zu erschweren und wenden uns entschieden gegen Ja-zum-Leben und versuchen, das Recht auf Abtreibung und deren Finanzierung durch die Krankenkassen gesetzlich abzusichern. Gleichzeitig werden wir eine breite Kampagne für die Mutterschaftsschutz-Versicherung führen. Neben diesen Auseinandersetzungen auf allgemein politischer Ebene ist es ebenso wichtig, in der Tagespolitik mit konkreten Forderungen gegen die Diskriminierung der Frauen anwesend zu sein. Wir wenden uns überall gegen die Politik, "Zweitverdienerinnen" zuerst zu entlassen. Wir setzen uns ein für eine strikte Anwendung des Rechtsgleichheitsparagraphen der Verfassung bezüglich Löhnen und Arbeitsplätzen. Dies heisst aber auch, dass wir uns gegen Manöver wenden, die das Bürgertum diesbezüglich mit der 10. AHV-Revision machen will.

- In der Immigrationsfrage wenden wir uns gegen alle Massnahmen, die eine Verstärkung der Einwanderungs- und Fremdenpolizeikontrolle bedeuten. Dies bedeutet, dass wir gegen die allgemein verbreitete Stabilisierungsforderung auftreten. Wir wenden uns gegen die Politik, zuerst die Immigranten zu entlassen. Gleichzeitig versuchen wir aber auch, positive Forderungen zu entwickeln:

Volle Rechte aller Immigranten in der Sozialversicherung, Abschaffung der Sonderstatute Lehrwerkstätten auch für Immigrantenkinder, für das Recht entlassener Immigranten, in der Schweiz zu bleiben. In diesem Sinne präzisieren wir unsere Forderung für die vollen gewerkschaftlichen und politischen Rechte der Immigranten.

Sowohl bezüglich der Frauen wie auch der Immigranten kommt der Forderung eines Minimallohnes eine besondere Bedeutung zu. Es ist die einzige Möglichkeit, um den Lohndruck zu brechen, den die Unternehmer mit den billigen und sozial schwachen Arbeitskräften ausüben können.

Auf der gleichen Ebene wie diese Sofortforderungen setzen wir uns für die Ziele der breiten gesellschaftlichen Bewegungen ein. Der Stopp aller AKWs, die Entwicklung von Alternativenergien ohne Energiesteuer, der Kampf gegen jede Einschränkung der demokratischen Rechte und gegen die zunehmende Ueberwachung und gegen die Ausweitung der Militärdisziplin werden dabei im Zentrum stehen.

Entscheidend in dieser Situation ist es, dass erste Teile der Arbeiterklasse in direkte Aktion übergehen können. Dies ist das wichtigste Mittel, um weitere Teile aus der Passivität und Niedergeschlagenheit herauszureissen und von der Möglichkeit zu überzeugen, dass Widerstand möglich ist. Von diesen Widerstandsaktionen wird es abhängen, ob unsere unmittelbaren wie auch umfassenden Verteidigungslosungen ein breiteres Echo finden werden. Vor allem in der Phase eines leichten Wirtschaftsaufschwungs in

der nächsten Zeit müssen wir zu verhindern versuchen, dass die Hoffnungen auf eine Verbesserung der Situation der Lohnabhängigen nicht zu weiterer Passivität missbraucht wird, sondern zur Aktivität führt. "Holen wir uns zurück, was man uns in der Krise genommen hat" muss dann die Parole lauten.

Um noch so minimale Aktionen, die zustande kommen entwickeln wir ein Maximum an Unterstützungsarbeit und propagieren ihre Methode und ihre Ziele. Dies ermöglicht, weitere Kreise von der Möglichkeit eines solchen Vorgehens zu überzeugen. Wir müssen durch in den entscheidenden Ballungszentren der Arbeiterklasse so verankert sein, dass wir nicht nur die Auseinandersetzung mit der reformistischen Mehrheitsführung an Ort führen und eine Neuorganisation einleiten, sondern, dass wir möglichst auch die ersten Aktivitäten fördern können. Im gleichen Sinne beteiligen wir uns an allen breiten gesellschaftlichen Bewegungen und propagieren ihre Forderungen in der organisierte Arbeiterklasse. Für das Zustandekommen erster Aktionen und für eine Ausrichtung, womit wir bei breiten Kreisen von Lohnabhängigen ein Echo finden können, war und wird die Stärke unserer Partei von vorrangiger Bedeutung sein. Wir sind nicht nur eine Kraft, die Aktionen einleiten und breiter abstützen kann, sondern wir müssen auch in breiten Kampagnen zeigen, dass es für die Lohnabhängigen einen Ausweg aus der kapitalistischen Krise gibt, der unabhängig von den Profitbedingungen und vom bürgerlichen Staat verläuft. Diese Kampagnen beschränken wir nicht nur auf die Propagierung der Sofortforderungen. Wir zeigen dabei auch die Möglichkeit umfassender antikapitalistischer Forderungen. Diese knüpfen wir an die Sofortforderungen und an den Willen eines Teiles der Lohnabhängigen, aktiv zu werden an. Dabei zeigen wir, dass es Lösungen für die Probleme gibt, die die Mehrheit für immer dringender hält, sofern man bereit ist, über die Profitlogik hinauszugehen. Mit unserer Kampagne in der Uhrenindustrie über die Schaffung eines öffentlichen Trusts durch die Enteignung der Uhrenindustrie, mit unserer Kampagne für die öffentlichen Lehrwerkstätten, mit unserer Kampagne für eine Alternative zum Akw-Bau haben wir dafür beispielhafte Vorarbeit geleistet. Die Erarbeitung eines Aktionsprogramms der Partei, das solche Stossrichtungen in einigen wichtigen Fragen umfasst, soll hier ansetzen und weitergehen.

Wichtig ist in der allgemeinen Krise, dass wir alle Fragen und Auseinandersetzungen möglichst auch auf die Ebene einer konkreten Strategieauseinandersetzung innerhalb der Arbeiterbewegung bringen. Nur so kann verhindert werden, dass die ersten Differenzierungen nicht von der reformistischen Mehrheitsführung demagogisch aufgefangen werden und damit der Demoralisierung anheim gegeben werden.

34. Im Herz unserer Intervention steckt der Kampf für die Arbeitereinheitsfront. Dieses Erfordernis gründet auf der Notwendigkeit, die von den Arbeitern/innen verspürt wird: Man muss sich zusammenraufen, um Widerstand zu leisten. Dabei handelt es sich nicht nur um die Verwirklichung einiger punktueller Einheitsaktionen. Das Ziel, das wir auch in unserer Propaganda herausstreichen müssen, besteht darin, eine wirkliche gemeinsame Front der Arbeiterparteien und der Gewerkschaften zu bilden - in der unmittelbaren Aktion wie auch bezüglich aller sozialen und politischen Auseinandersetzungen, in denen die Arbeiterklasse angesichts des bürgerlichen Angriffs steht. So könnte eine für die Lohnabhängigen glaubwürdige Kraft entstehen, die auch fähig wäre breitere Schichten von Lohnabhängigen und Jungen anzuziehen. Die Einheitsfront ist infolgedessen nicht einfach ein Aktionsmittel, sondern auch ein politisches Ziel. Im Visier sind die eigenständigen Interessen der Arbeiterklasse, ihre Klassenunabhängigkeit im Gegensatz zur Kollaborationspolitik oder zum Allianzsystem (das meistens wahltechnischer Natur ist) von Poch, PdA und PSA. Diese Ausrichtung auf die Einheitsfront ist selbstverständlich keine Vorbedingung für Einheitsaktionen. Wir gehen immer von der Notwendigkeit aus, das Maximum an Kräften zusammenzubringen - selbst wenn sie noch so bescheiden sind - um gemeinsame Ziele zu verwirklichen. Das Wesentliche ist, dass diese Einheiten in Aktionen ausmünden,

wo die Lohnabhängigen sich wiederfinden können und die sich an die Gesamtheit aller Arbeiterorganisationen richten.

Wir wissen aber, dass die bekannten politischen Differenzen andauernd ein Bremsklotz, wenn nicht sogar ein Hindernis für die Verwirklichung von Einheitsaktionen sind, so minimal die Zielsetzung auch ist. Die Verwirklichung der Einheitsfront erfordert deshalb eine systematische politische Auseinandersetzung, wobei die Initiative der revolutionären Partei eine wesentliche Rolle spielt. Diese Initiative erfordert konkrete Forderungsvorschläge, die Fähigkeit, als Partei selbst in Aktion zu gehen, um andere Kräfte mitzureisen, und schlussendlich eine offene, unsektiererische politische Debatte mit andern Strömungen.

35. Das erfordert ein genaues Angehen der andern Organisationen der Arbeiterbewegung, um sie in die Auseinandersetzung einzubeziehen, und nicht einfach den Kampf für die Einheitsfront auf eine sterile marktschreierische Propaganda zu reduzieren.

a) Das Platzen des Pols POCH-PSA-PdA legt auseinanderstrebende Kräfte frei, bedeutet aber auch eine Oeffnung. Die gemeinsame Aktion mit diesen Parteien hat gezeigt, dass wir zusammen handeln können und fähig sind, Initiativen zu ergreifen, die in der Arbeiterbewegung den Anfang einer Einheitsfront verwirklichen. Unser Angehen geht von dieser Perspektive aus und nicht von einer Bündnispolitik, wie diese Parteien sie sehen. Bei der Poch geht es darum, diese Partei für systematischere Einheitsaktionen gegen die Sparpolitik und für die zentralen Anliegen der Arbeiterklasse zu gewinnen. Eine solche Einheit wäre tatsächlich wirkungsvoller, um die politischen Kräfteverhältnisse zu ändern, als irgendwelche Wahlabsprachen mit irgendwelchen Umweltschützern. Sie würde eine gemeinsame Aktivität sowohl in Richtung breiter Bewegungen wie auch in Richtung der organisierten Arbeiterbewegung erlauben. Das erfordert eine klare Diskussion mit der Poch über die Klassenpositionen, die wir verteidigen wollen, wie auch über eine unsektiererische Haltung gegenüber der SPS.

Die Oeffnung in der PdA sollte es möglich machen, dass sie ihr sektiererisches Gehabe aufgegeben wird und dass sie sich diese an gemeinsamen antikapitalistischen Einheitsaktionen beteiligt, statt mit ihrer Parteilinie der "Volkssammlung" immer wieder auf eine allgemeinen Front wartet und gegenüber der SPS und dem SGB in passiver Abwartehaltung verharret.

Eine gemeinsame Arbeit mit den Gewerkschaftlern dieser Partei ist diesbezüglich ausserordentlich wichtig. In der internationalistischen Arbeit müssen wir die Vorschläge für gemeinsame Aktionen kombinieren mit einer ernsthaften Diskussion über die internationale Linie dieser Partei und einer Bilanz des Stalinismus.

b) Die Isolierung der Immigration lastet schwer auf der Möglichkeit, eine wirkliche Arbeitereinheit aufzubauen. Dieses Hindernis zu überwinden wird lange dauern. Die SAP ist gegenwärtig die einzige politische Kraft, die in diesem Punkt an ihrem Internationalismus festhält. Wir müssen festere Verbindungen zu den Immigrationsparteien knüpfen und sie systematisch in unsere Einheitsfrontpolitik einschliessen. Das ist eine der unmittelbaren Bedingungen, um der Spaltungslogik zu begegnen, die durch die Arbeitslosigkeit noch verstärkt wird.

c) Die Gruppierung der Kräfte für die Aktion beschränkt sich aber nicht auf die Parteien der Arbeiterbewegung und wir machen aus der Einheit mit ihnen keine Vorbedingung für die Einheit mit andern Kräften. Im Gegenteil. Wir wenden uns an all jene, die einverstanden sind mit einer gemeinsamen Aktion und wir setzen alles daran, sie auch dafür zu gewinnen, gemeinsam in Richtung Arbeiterbewegung zu wirken, um die Einheit zu erweitern.

36. Die Klassen- und Regierungskollaboration von SPS und SGB bleibt das Haupthindernis für eine gemeinsame Antwort der Lohnabhängigen und ihrer Organisationen. Unsere Antwort auf dieses Problem darf sich nicht darauf beschränken, diese Politik zu entlarven, sondern muss auch beginnen, den Weg einer Alternative für die gesamte Arbeiterbewe-

gung aufzuzeigen. Dies umso mehr, als der bürgerliche Druck die SPS und die Gewerkschaftsführungen immer mehr in die Klemme bringt und die arbeiterfeindlichen Auswirkungen ihrer Kollaborationspolitik immer offener zum Ausdruck bringt.

Unsere allgemeine Antwort ist die der Einheitsfront, wobei wir aber auf einer Frage insistieren: "Vereinigt eure Kräfte mit den Lohnabhängigen und nicht mit den Unternehmern und ihrer Regierung! Respektiert nicht die, die euch auch nicht respektieren, brecht die Regierungskollegialität oder die Verhandlungsgeheimnisse!" Der Sinn dieser Propaganda - verbunden mit konkreten Aktionsvorschlägen - besteht darin zu zeigen, dass die von den Arbeitern/innen Gewählten, die Notabeln und die Gewerkschaftsführer, verantwortlich sind gegenüber den Arbeitern/innen und nicht gegenüber dem Klassengegner. Diese Propaganda muss immer abgestützt werden auf eine Entlarvung der Regierungs- und Unternehmerpolitik, der wir die Verteidigung der Lohnabhängigen gegenüber setzen.

Der Auszug der SPS aus der Regierung bekommt in diesem Rahmen eine grössere Aktualität. Eingeklemmt vom Bürgertum und fest verhängen mit den bürgerlichen Institutionen, hat die SPS zwei Möglichkeiten: Entweder zieht sie den Kopf ein und schweigt oder sie verteidigt sich im Namen ihres "Anspruchs auf Regierungssitze". Das eine wie das andere verstärkt die politische Auswegslosigkeit der Arbeiterbewegung. Wenn die Angriffe des Bürgertums kommen, und die SPS dann ihren Sermon loslässt, spitzen wir unsere Propaganda folgendermassen zu: "Tretet aus dieser bürgerlichen Regierung aus, verteidigt die Interessen der Lohnabhängigen".

37. Unsere Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit spielt eine entscheidende Rolle in der ganzen Ausrichtung auf die Einheitsfront. Die mangelnde oder wachsende Fähigkeit der Gewerkschaften auf die Unternehmer- und staatliche Offensive zu antworten, bleibt in der heutigen Situation entscheidend. Mit den schwachen Erfahrungen und den schwachen Organisationen auf dieser Ebene besteht keine Aussicht, dass hier schnelle Änderungen eintreten. Die vorrangigen Aufgaben, die wir in den Gewerkschaften anzupacken vorschlagen, werden diktiert durch die Entwicklung der Unternehmeroffensive.

Um diese vorrangigen Ziele herum (Arbeitszeit, voller Teuerungsausgleich, Verteidigung der Arbeitsplätze) versuchen wir die Gewerkschaften zu stärken oder wieder aufzubauen. Zuallererst geht es dabei darum, ihnen eine Aktionsfähigkeit zu geben, ohne die es kaum möglich ist, eine breitere Unterstützung zu gewinnen. Das bedeutet aber auch eine Schlacht für die Verstärkung der Gewerkschaftsdemokratie. Die Differenzierungen, die sich im Apparat zeigen können, die Öffnung in Richtung Druck-Operationen, müssen wir alle ausnützen, um konkrete Mobilisierungsziele vorzuschlagen. Wenn die Lähmung total ist, können wir die Initiative von aussen entwickeln, um zu zeigen, dass es Kräfte gibt, die bereit sind zu handeln.

Das grösste Problem, das sich dabei stellt, ist die Bildung von Arbeiterkadern, die eine feste und dauerhafte Basis in Betrieb und Gewerkschaften bilden können. Daher setzen sich die SAPler dafür ein, dass sich das gewerkschaftliche Erscheinen im Betrieb verstärkt, dass Betriebskommissionen aufgebaut werden, wo es noch keine gibt. Die Gefahr bei Aktionen und punktuellen Mobilisierungen, wie sie die Gewerkschaftsbürokratie vorzuschlagen beginnt - meistens ohne Folge - besteht darin, dass sie sehr schnell die Aktivisten entmutigen, da keine unmittelbare Resultate zu erwarten sind. Unsere Arbeit muss diesem Problem grosse Aufmerksamkeit schenken. Selbst in den minimalsten Forderungen müssen wir auch Mittel vorschlagen, die der Organisation dienen. Diese Mittel müssen helfen längerfristig zu handeln, Erfahrungen zu machen, in denen sich auch bewährte neue Gewerkschaftskader herausbilden können.

Die Betriebskommissionen, der Einschluss von Unorganisierten in die Aktion, momentane Kommissionen der Gewerkschaften für Frauen oder Immigranten sind heute selbst in den gelähmtesten Gewerkschaften ein Instrument für die Gruppierung von neuen Kräften. Bei einer grösseren Öffnung in der Gewerkschaft oder vor einer landesweiten Auseinandersetzung z.B. um einen Vertrag können sich die Aktivistengruppen um gewerkschaftliche

Forderungen herum ausweiten.

Diese Arbeit fordert von der Partei:

- Eine regelmässige, selbständige Propaganda in Richtung der wichtigsten Betriebe, die unsere Vorschläge angesichts der Krise verbreitet und die erklärt, was eine Gewerkschaft machen kann und Beispiele dafür aus andern Städten oder andern Sektoren gibt.
- Die Verstärkung unserer Präsenz am Arbeitsplatz und ein Anfang einer Arbeiterrekrutierung.
- Politische Kampagnen, die sich in unsere Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit einreihen. Damit kann die SAP mithelfen, das Kräfteverhältnis gegenüber den Unternehmern zu verändern.

I. Der Aufbau der SAP, der Aufbau der 4. Internationale

38. Die SAP ist eine kleine aber aktive und aktionsfähige Kraft. Sie kann nicht nur eigenständige politische Vorschläge machen, sondern auch selbständig Aktionen einleiten. Diese Fähigkeiten werden in der kommenden Zeit entscheidend für den Aufbau sein. Angesichts der Passivität und Kapitulation der Führung der Arbeiterbewegung können wir damit auch zu einem bescheidenen aber wichtigen Anziehungspol für die kleinen aber umso wichtigeren Kräfte werden, die einen Ausweg aus dieser Situation suchen und selbst in Aktion gehen wollen. Wichtig für uns ist, nicht nur mit diesen Kräften zusammen zu agieren, sondern sie auch zu rekrutieren. Unser Rekrutierungslogan muss sein: Komm in die SAP, wir sind die einzige Organisation der Arbeiterbewegung, wo du mit andern Aktionswilligen eine Abwehr des bürgerlichen Angriffs vorbereiten kannst. Die Steigerung der Rekrutierung und damit der Aktionsfähigkeit ist auch eine wichtige Möglichkeit, um dem Druck zu widerstehen, der entsteht durch die Passivität der Arbeiterklasse im Moment des Angriffs. Dieser Druck lastet auf der ganzen Linken und äussert sich im Extremfall im "Adieu ans Proletariat". Wenn wir aber unsere Aktionskraft steigern, wächst auch unsere Fähigkeit, mit allen verstreuten Teilen, die sich in der Arbeiterklasse zu bewegen beginnen, in Kontakt zu kommen. Wir können sogar für beschränkte Kräfte in andern Arbeiterorganisationen zu einem Anziehungspol werden. Steigerung der Aktionsfähigkeit darf aber nicht blinder Aktivismus bedeuten, der unsere Kräfte schnell erschöpft. Steigerung der Aktionsfähigkeit heisst Konzentrieren unserer geringen Kräfte auf gezielte Aktionen, wo möglichst viel Kraft der Partei geballt eingesetzt wird, ansetzen dort, wo die Aktion möglichst wirksam wird und vor allem Rekrutierung neuer Kräfte.

39. Diese Art des Wachstums führt zur Entwicklung von auseinanderstrebenden Kräften in der Partei, wenn wir nicht gleichzeitig alle Anstrengungen unternehmen, den innern Zusammenhalt fortwährend zu stärken. Die Mittel, die uns zur Verfügung stehen und die massiv angewendet werden müssen, sind folgende:

Regelmässige Basisschulungskurse, Kaderkurse zur Stärkung der Zellen-, Sektions- und Parteileitung, Entwicklung einer programmatischen und theoretischen Diskussion in der Partei und innerhalb der gesamten Linken.

Gleichzeitig muss die Fähigkeit, zentrale Kampagnen zu führen und die Propagandatätigkeit nach innen und nach aussen verbessert werden. Dabei ist die Zeitung unser Hauptinstrument und muss dementsprechend eingesetzt werden.

40. Um mit den aktionsbereiten Kräften zusammenzutreffen und sich an ihrer Auseinandersetzung mit der Mehrheitsführung zu beteiligen, ist es unabdingbar, dass die SAP ihre Anstrengungen verstärkt und sich in den Kernschichten des Proletariats weiter verwurzelt. Unsere Erfahrung in der Uhrenindustrie während der ersten Entlassungswelle

im Sommer 1982 hat gezeigt, wie entscheidend diese Verwurzelung nicht nur für die eigene Aktionsfähigkeit und die Auseinandersetzung mit SP und Gewerkschaftsführung ist. Sie ist auch wichtig, um das Vertrauen der Aktivisten/innen zu gewinnen und sie zu rekrutieren. Dazu ist die Verwurzelung erfahrener Parteikader nach wie vor eine wichtige Voraussetzung, um längerfristig mit neu rekrutierten Kräften zusammenarbeiten zu können und sie auch über eine Phase erzwungener "Ruhe" hinweg in der Partei halten zu können.

41. Eine der wichtigen kompakten Schichten, die nicht voll den Integrationsmechanismen der Klassenkollaboration unterliegen und die am stärksten von der Unternehmeroffensive getroffen wird, ist die Immigration. Die Aktionsbereitschaft ist nach wie vor bei einer grossen Zahl ihrer Aktivisten/innen vorhanden, findet aber angesichts der Blockierung der Gewerkschaften kaum eine Möglichkeit, sich auszudrücken. Der Immigration gegenüber können wir beginnen, als bescheidener aber aktiver Pol zu erscheinen. Zudem sind wir die einzige Partei der Schweiz, die vollumfänglich programmatisch auf die Interessen der Immigranten eingeht. Aus diesem Grund dürfen wir unsere Immigrationsarbeit nicht auf eine Propaganda gegen den Schweizer Imperialismus und seine Ausbeutung der Gastarbeiter beschränken. Mit der Verstärkung dieser Propaganda müssen wir auch alle Anstrengungen unternehmen, die Partei in der Immigration zu verankern.

42. Im gleichen Ausmass wie die Verwurzelung in den Kernschichten des Proletariats und in der Immigration gehört auch die Femminisierung der Partei zu den ständigen Aufgaben. Im Masse, wie wir fähig sind, unsere Leitungen auf allen Ebenen zu femminisieren und gleichzeitig eine feministische sozialistische Arbeit zu machen, können wir auch aktive Frauen aus der Frauen- und Gewerkschaftsbewegung gewinnen. Dafür muss in der Arbeit nach aussen und nach innen sichergestellt werden, dass der Kampf gegen die Unterdrückung der Frauen ein Hauptanliegen unserer Partei und aller ihrer Mitglieder ist.

43. Die SAP hat seit dem letzten Kongress eine selbständige RSJO aufgebaut, die mit unserer Partei und der 4. Internationale politisch solidarisch ist. Dies entbindet unsere Partei nicht von der systematischen Jugendarbeit. Die Mitglieder der Partei müssen zu den vorwärtstreibenden und aufbauenden Kräften der RSJO gehören. Ihr Beitrag zum Aufbau muss in allen Instanzen der Partei regelmässig diskutiert und abgestützt werden.

44. Für den Aufbau der SAP in einem imperialistischen Land, wo die Klassenkämpfe wenig entwickelt sind, und wo in der Arbeiterbewegung eine überwiegend nationalistisch-chauvinistische Tradition besteht, ist die Mitgliedschaft bei einer revolutionären Internationale nicht nur nützlich sondern notwendig. Aus diesem Grund legen wir ein Gewicht auf unsern Beitrag und unsere Beteiligung als aktive Sektion der 4. Internationale. Die Entwicklung der Solidaritätsbewegung mit der zentralamerikanischen Revolution und auch die Solidaritätsarbeit für Solidarnosc zeigen, dass die 4. Internationale trotz ihrer Schwäche die einzige Kraft ist, die gleichzeitig solche Aufgaben anpacken kann. Diese Fähigkeit beruht auch auf dem Programm, das sich die 4. Internationale in ihrer Geschichte erarbeitet hat. Die Verteidigung dieses Programms und seine Anwendung in der täglichen Arbeit, wie wir es mit diesen beiden Solidaritätskampagnen in letzter Zeit versucht haben, sind unabdingbar für einen Aufbau einer starken Arbeiterinternationalen. Mit unserer täglichen Arbeit und durch die Stärkung der Internationalen in programmatischer und organisatorischer Hinsicht können wir verstärkt auf die Kräfte einwirken, die bereits heute mit dem Kapitalismus und der stalinistischen Bürokratie in Osteuropa im Tageskampf gebrochen haben.